

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 109

April/Mai 2022



Militarisierung ist keine Solidarität

INHALT

Celle soll wachsen – aber warum eigentlich?	
Neuer Flächennutzungsplan ist in Arbeit	3
Ortsrat Hehlentor offen für Quartierslösung	
Eine Fahrradzone für den OB	5
Baumsterben für die Schwammstadt	6
Kollerscher Wald unter Naturschutz	7
Nacht- und Nebel-Abschiebung nach Georgien	8
Für eine geschlechterbefreite Gesellschaft	
Internationaler Frauentag am 8. März	9
Meldungen	12
Laternengespräche: Frieren für den Frieden	14
Neue Hähnchenmastanlagen in Beedenbostel	16
Kriegsgewinnler Rheinmetall	18
Gegen Antisemitismus und Verschwörungsmithen	
Rede von Jens-Christian Wagner	19
Aufruf zur Osteraktion bei Rheinmetall	21
Militarisierung ist keine Solidarität	22
Moral, Macht und Geschäft im Ukraine-Krieg	23
Rezensionen zu „Haus in Flammen“ und „Das Ministerium für die Zukunft“	25
Konsumideologie in Zeiten der Klimakrise	26
Kunst & Kultur in Krieg & Krise	27
Ausstellung „Zusammen Schrauben“ im Bomann	28
Meine jüdischen Eltern – meine polnischen Eltern	29
Rosa Luxemburg Club – Veranstaltungen	30
Kino & Kultur - Termine	31



Liebe Lesende,

„Linkssein ist nur denkbar als Feindschaft gegenüber dem Tod“, schreibt Thomas Ebermann in seinen „Betrachtungen zur Pandemie“. Das gilt auch für den Krieg. Es ist schwer zu ertragen, wie uns Heldengeschichten aufgetischt werden, die nicht darüber hinwegtäuschen können, dass Menschen ihr Leben lassen für geopolitische Machtkämpfe.

Unsere Hoffnung jetzt am 16. März, wo wir dieses Heft in Druck geben, ist, dass wenn ihr es in den Händen habt, es wenigstens einen Waffenstillstand gibt und Aussichten auf eine Lösung, für die der Krieg nicht hätte geführt werden müssen.

Bei uns im Land hat die Bundesregierung eine „Front“ aufgemacht, die uns in radikale Opposition setzt: Aufrüstung kann nicht unsere Zustimmung finden – und wird es nie.

Und wäre es nur das. Aber es ist zu befürchten, dass die erforderliche sozial-ökologische Transformation vor dieser „Zeitenwende“ zurücktreten muss.

Wir haben uns nicht an der Rheinmetall-Aktien-Rally beteiligt, und verweisen deshalb auf unsere Kontonummer unten im Kasten.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint im Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Unterwegs, Morlock

Celle soll wachsen – aber warum eigentlich?

Muss die Stadt Celle wachsen? Diese Frage stellte sich den Teilnehmer:innen des „Stadt-Dialogs zur Neufassung des Flächennutzungsplanes“. Für die im Auftrag der Stadt planenden Büros *Ackers Partner Städtebau* und *WVI Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung* aus Braunschweig war die Antwort (vor-)gegeben: Ja.

In den nächsten zwei Jahren wird es unter Beteiligung von Bürger:innen und den Trägern öffentlicher Belange darum gehen, für die Stadt einen neuen Flächennutzungsplan (im Folgenden FNP) zu erarbeiten. Im Januar wurden dazu zwei Workshops zu den Themenfeldern „Leben und Wohnen“, „Verkehr und Mobilität“, „Arbeiten und Gewerbe“ sowie „Natur und Landschaft“ durchgeführt.

Worum geht es bei der Erstellung eines FNP?

Der Flächennutzungsplan ist ein strategisches Instrument, mit dem Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und festgelegt werden. Im Baugesetzbuch heißt es, der FNP soll darstellen „die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in Grundzügen“.

In einer Karte mit ausführlichen Erläuterungen werden dabei zum einen bereits vorhandene Nutzungen dargestellt. Wichtiger aber ist die Festlegung auf künftig beabsichtigte Bodennutzungen. Da geht es dann um Wohnbau-, Mischbau- und Gewerbeflächen, um Grünflächen, Sonderbauflächen und Verkehr.

Warum ein neuer Flächennutzungsplan

In dem Vortrag der planenden Büros war die zentrale Behauptung, dass in der Stadt Entwicklungspotenziale für Wohnen und Gewerbe fehlen würden bzw. nahezu ausgeschöpft seien. Hinsichtlich der Einwohner:innenzahl wird unterstellt, dass einem Oberzentrum wie Celle an Wachstum oder zumindest an der Verhinderung von Schrumpfen gelegen sein muss. Damit wurden Pflöcke eingeschlagen, die am Besten auch nicht hinterfragt werden sollen. Also:

Durch ein in der Vergangenheit fehlendes Angebot an Bauland habe sich eine Situation ergeben, dass – bezogen auf die letzten 20 Jahre – die Stadt größere Bevölkerungsverluste gehabt habe als die Umlandgemeinden. Dass es in den letzten 10 Jahren eine leicht positive Entwicklung gegeben hat, ist ja im wesentlichen auf den Zuzug von Geflüchteten zurückzuführen. Witzigerweise ist auf einer Folie zu lesen, dass dieser aktuelle Trend durch eine Stadtentwicklungspolitik unterstützt werden soll. Nun haben wir aus dem Rathaus nicht gerade den Eindruck, dass es ein vorrangiges Ziel ist, weitere Flüchtlinge aufzunehmen.

Dass im Übrigen demografische Prognosen ungefähr die Qualität von wirtschafts-“wissenschaftlichen“ Wachstumsannahmen haben, wird deutlich bei den ebenfalls vorgestellten Vorausberechnungen aus den Jahren vor 2015, die alle ein zum Teil drastisches Sinken voraussagten.

Stichwort "moderate Außenentwicklung"

Vor diesem Hintergrund machte *Ackers Partner Städtebau* drei Entwicklungsszenarien auf. Erstens: Wer nur auf Innenentwicklung setzt, also keine Neubaugebiete will, wird ein Schrumpfen der Bevölkerungszahl hinnehmen müssen. Zweitens: Stabile Einwohner:innenzahlen können durch Innenentwicklung und „minimale Außenentwicklung“ erreicht werden. Drittens: In einem Gleichgewicht aus Innenentwicklung und „moderater Außenentwicklung“ würde es zu einem gesteuerten Bevölkerungswachstum kommen.



Vielleicht zum besseren Verständnis: „Innenentwicklung“ meint vor allem „(Nach-)Verdichtung“, also die Nutzung vorhandener Freiflächen oder auch die Aufstockung von Gebäuden. Das war – nebenbei – unter OB Mende in den 2010er Jahren die Ausrichtung der Stadtentwicklung. Unter OB Nigge begann – wie er auch in seinem Wahlprogramm angekündigt hatte – eine Neuausrichtung auf die „Außenentwicklung“, d.h. die Ausweisung von Neubaugebieten.

Was das heißt – „moderate Außenentwicklung“ –, blieb in den Workshops offen. So ist der Eindruck vielleicht nicht ganz falsch, dass damit vor allem Bedenken „moderiert“ werden sollen.

Aber lässt sich eigentlich etwas dagegen sagen, wenn Celle in den nächsten 10 Jahren um – sagen wir mal – 1000 Einwohner:innen wachsen würde?

In der Tat wäre es ja gut, wenn die vielen in Celle leerstehenden Häuser neue Bewohner:innen finden würden. Oder wenn Menschen nach Celle ziehen würden,

die jeden Tag zum Arbeiten in die Stadt einpendeln. Aber die am Stadtdialog Teilnehmenden hatten wohl zu Recht den Eindruck, dass es nicht darum geht, sondern um eine Angebotspolitik, die im Kern ein Wachstum will, das einer fast zweckfreien Ideologie folgt.

Die zentrale Behauptung der planenden Büros ist also: Innenentwicklung reicht nicht aus, „um das Oberzentrum adäquat zu stärken und weiterzuentwickeln“.

Ostumgehung als Entwicklungs-“Motor“

Als zentral für den neuen FNP wird die Ostumgehung herausgehoben. Deshalb liegen die sogenannten Suchräume für Gewerbeflächen und Wohnbebauung vor allem im Norden und Nordosten der Stadt. Das passt aus Sicht der Planer:innen wohl auch deshalb bestens, weil sich hier die gute alte Drei-Felder-Wirtschaft realisieren lässt, also Acker - Brachland – Bauland.

Diese Ausrichtung verträgt sich kaum mit einigen übergeordneten Zielen, die so weiter nur Bestandteil von Sonntagsreden bleiben:

Aktuell liegt der Flächenverbrauch in Niedersachsen bei 6,6 ha pro Tag und damit weiterhin deutlich höher als das in der Nachhaltigkeitsstrategie angestrebte Ziel von weniger als 4 ha pro Tag bis zum Jahr 2030. „Die Umwidmung dieser Freiflächen hat erhebliche und zu meist irreversible ökologische Auswirkungen. So spielen intakte Böden z.B. eine wichtige Rolle als natürliche Lebensgrundlage für die Ernährungssicherung, als Filter für die Gewährleistung sauberen Trinkwassers, aber auch als Versickerungsfläche bei Starkniederschlägen“, meint die Landesregierung.

Wer bei der Stadtentwicklung die Ostumgehung ins Zentrum stellt, stärkt fast zwangsläufig den motorisierten Individual- und Wirtschaftsverkehr. Das ist unverkennbar kontraproduktiv für die klimapolitischen Ziele der Verkehrsvermeidung und -verlagerung.

Mobilitätswende kaum im Blick

Interessanterweise taucht dieser Widerspruch – wenn auch unbearbeitet – im Leitbild einer "Stadt der kurzen

Wege" oder "15 min.-Stadt" auf, wo das planende Büro dieses Ziel in einen Zusammenhang setzt, der da lautet: "Innenentwicklung vor Außenentwicklung".

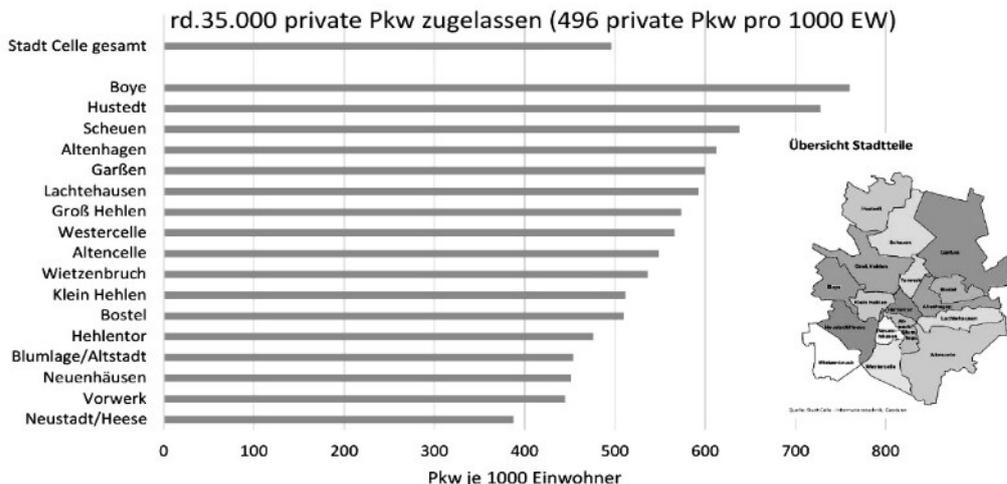
Eine Grafik zur PKW-Dichte in Celle bestätigt dies. Am 31.12.2020 gab es in der Stadt 496 private PKW pro 1.000 Einwohner:innen. Wie nicht anders zu erwarten, zeigt die ortsteilbezogene Statistik: Der PKW-Anteil wächst mit der Entfernung zum Zentrum.

Wenig Zukunftsbezug hat die Einschätzung des Büros WVI Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung hinsichtlich ÖPNV und Fahrradinfrastruktur. Die Bewertung des Stadtbussystem lief darauf hinaus, es als ausreichend zu erachten. Und unter dem Stichwort „Fahrradstadt Celle“ wurde auf das Städteranking des ADFC-Fahrradklimatests hingewiesen, wo Celle 2020 auf Rang 33 von 110 der Städte mit Einwohner:innenzahlen zwischen 50.000 und 100.000 abgeschnitten hatte. Mit der Note 3,81 – weshalb durchaus Optimierungspotenzial attestiert wurde. Nur: Wer in Celle den ÖPNV nutzt oder Fahrrad fährt, weiß, dass weder für das eine noch das andere große Anreize zum Beispiel hinsichtlich der Berufsverkehre gesetzt werden.

„Gutes Leben“ oder „Mehr (werden)“?

Bei den beiden „Workshops“ des Stadtdialogs beteiligte sich im wesentlichen die kleine Gruppe der „üblichen Verdächtigen“, also jener Menschen, die sich seit Längerem mit der Entwicklung der Stadt auseinandersetzen, und die z.B. Reaktionen auf die Klimakatastrophe erwarten. Das wird sich auch im „Conceptboard“ niedergeschlagen haben, einer Art digitaler Sammlung von Wünschen und Kritik. Wie die planenden Büros damit umgehen, wird sich zeigen. Zum Knackpunkt dürfte die Frage der Wachstumsstrategie werden, die mit der Frage konfrontiert werden muss: Wollen wir ein gutes Leben (Buen Vivir) für die 70.000 Menschen, die heute in der Stadt leben, oder verstehen wir Entwicklung in einem unhinterfragten „Mehr (werden)“?

Die Folien zu den beiden Veranstaltungen finden sich auf www.celle.de unter dem Stichpunkt „Neufassung des Flächennutzungsplans“.



Wie deutlich die Celler Zielsetzungen von moderner FNP abweichen, lässt sich nachlesen auf der Seite der Niedersächsischen initiative für Klimaschutz in der Stadtentwicklung:

<http://www.nikis-niedersachsen.de/index.php?id=133>

Quelle: Stadt Celle, Stand 31.12.2020

Eine Fahrradzone für den Oberbürgermeister

Dass Ortsräte sich mal mit Initiativen hervortun, die über die Förderung von Vereinen im Stadtteil hinausgehen, war bisher eher die Ausnahme. Wenn jetzt der Ortsrat Hehlentor die Stadtverwaltung auffordert zu prüfen, ob und wie eine Fahrradzone im Dreieck zwischen Wittinger Straße, Ostumgehung und Lüneburger Straße möglich ist, ist das ein politisches Ausrufungszeichen.

Die Initiative geht aus von Bündnis '90/Die Grünen und hier wohl vor allem von Andreas Lechner, der sich auch in der Kreisgruppe des Verkehrsclub Deutschland (VCD) engagiert.

Fahrradzonen sind seit zwei Jahren Bestandteil der Straßenverkehrsordnung. Sie dienen, wie es in einer Stellungnahme des Verkehrsministeriums heißt, „der Sicherheit und Leichtigkeit des Radverkehrs.“ Dabei werden die Regeln für eine Fahrradstraße in einem ganzen Quartier umgesetzt. D.h.: Es gilt Tempo 30, und es darf nebeneinander geradelt werden. PKW müssen gegebenenfalls ihre Geschwindigkeit verringern, um eine Behinderung oder Gefährdung von Radfahrer:innen zu vermeiden. Überholt werden darf nur, wenn der Platz bei Sicherheitsabstand ausreicht.

In der Antragsbegründung ist zu lesen: „Das südöstlichen Hehlentor ist [...] prädestiniert, als erster Stadtteil Celles aufzuzeigen, welche Vorteile sich durch eine faire, gemeinsame Nutzung unseres Verkehrsraumes vor allem im beengten Bestand ergeben.“ Die Autoren des Fahrradaktionsplans der Stadt Celle würden die neue Möglichkeit von Fahrradzonen in ihrem aktuellen Fachbuch „Fahrradstraßen und Fahrradzonen“ empfehlen, weil die flächige Erschließung von Wohnquartieren mit Fahrradzonen eine essentielle Ergänzung eines linienbezogenen Radwegenetzes wäre: „Sie machen Erschließungsstraßen wieder zu dem, was sie schon immer sein sollten. Zusätzlich bieten Fahrradzonen ein hohes Potential ganze Stadtteile aufzuwerten - nicht nur durch mehr Sicherheit für Menschen und weniger Lärm und Emissionen im Wohnumfeld.“

Lechner und B'90/Die Grünen meinen, dass so überregional ein Vorzeigeprojekt für modernes, familienfreundliches Leben entstehen kann. Motto: „Die Qualität des Orts muss wichtiger genommen werden als der Drang, schnell durchzufahren.“

Fahrradzonen böten die große Chance, durch Verringerung bzw. Vermeidung von Kfz-Verkehr auch

die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der gesamten Zone spürbar zu verbessern und damit Potentiale freizusetzen, die weit über die Radverkehrsförderung hinaus gehen.

Auch im Langbericht des Fahrradaktionsplanes – den die Stadt der allgemeinen Öffentlichkeit nach wie vor vorenthält – verweisen die Autoren darauf, dass sich durch den Bau der Ostumgehung Chancen für eine „fahrradorientierte Quartiersgestaltung“ ergeben würden. Dafür müsse die Nutzung und Förderung des motorisierten Individualverkehrs eingeschränkt werden.

Und diese Ausrichtung könnte nicht ins Weltbild von Oberbürgermeister Nigge passen, der jüngst – eine andere Umgestaltungsmaßnahme betreffend – feststellte: „Sollte es zu Verschlechterungen für die Autofahrer kommen, werde ich es nicht machen.“

Aber: Auf Grundlage des Fahrradaktionsplans hat die Stadt sowieso schon vor, die Spangenbergstraße, die Wittinger Straße und Brauhirschstraße zu Fahrradstraßen zu machen. Da ist die Erweiterung auf das Quartier eigentlich nur ein sinnvoller Schritt. Dazu kommt: Er selbst und seine Familie würde mit ihrem Heim und ihren Wegen im Zentrum einer damit wirklich familienfreundlichen „Zone“ leben.

In der Ortsratssitzung meinte der zuständige Fachbereichsleiter Jens Hanssen – laut CZ: „Aus Sicht der Verwaltung hat das etwas für sich. Ich habe durchaus Sympathie für den Antrag.“ Woraufhin aus der Pressestelle des Rathauses aber schnell einige Hürden aufgerichtet wurden. Fahrradzonen dürften nur in Bereichen mit einer hohen Fahrradverkehrsdichte eingerichtet werden. Was aber – darauf weisen wir hier mal hin – laut „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung“ nicht bedeutet, dass Radverkehr in Fahrradzonen die vorherrschende Verkehrsart sein muss.



Für die Sanierung der Breiten Straße sollen alte Linden abgeholzt werden

Baumsterben für die Schwammstadt

Bäume haben es schwer in Celle. Aus unterschiedlichen Gründen geht es ihnen an den Kragen. In der Breiten Straße sollen sie „weichen“ mit dem Argument „Klimaresilienz“. Das löst Unverständnis aus, aber aus dem Rathaus gab's schon ein vorlautes „Basta“.

Die Breite Straße soll saniert werden. Sie ist Teil des Sanierungsgebietes Neuenhäuser und soll jetzt „schön hübsch“ gemacht werden. Aber was „schön hübsch“ ist, darüber gehen jetzt die Meinungen weit auseinander. Die Verwaltung hat durch ein Planungsbüro zwei Varianten entwickeln lassen. Die unterscheiden sich im wesentlichen durch die Frage: Baumerhalt oder Neupflanzung – und die sich dadurch ergebenden Gestaltungsmöglichkeiten.

Bei der Erhaltvariante bleiben 65 Bäume – elf aus dem Altbestand sind laut Gutachten nicht erhaltenswert und werden durch zehn Neupflanzungen ersetzt. Bei der Neupflanzungsvariante würde der Baumbestand von der Zahl her auf 73 wachsen, wobei zusätzlich hervorgehoben wird, dass beste Standortbedingungen realisierbar und die Lenkung des Wurzelwerks möglich wäre. Zudem würden klimaangepasste Baumarten gewählt.

Was spricht dann gegen die Abholzung? Die Planungsbüros lassen z.B. unter den Tisch fallen, dass ein alter Baum eine wesentlich stärkere Kühlwirkung hat als ein junger Baum. Es würde gut 15 Jahre dauern, bis nachgepflanzte Bäume hier eine vergleichbare Wirkung erzielen. Und da die Ursache für das Absterben der bestehenden Bäume offensichtlich Wassermangel ist, wäre die Vergrößerung der Sickerflächen durch Einschränkung der Parkplätze keine schlechte Idee.

Doch gerade hinsichtlich der Parkplatzzahl schneidet der Erhalt ziemlich schlecht ab: etwa 65 stehen 99 gegenüber, wenn neu gepflanzt würde.

Aus Sicht der Technokrat:innen zeigt sich das „Team Baumerhalt“ wohl rückwärtsgewandt gegenüber ihren neuen Konzepten – Stichwort: Schwammstadt. Ein solch „modernes“ Regenwassermanagement, das nur mit Neupflanzung zu erreichen sei, setzt auf die Schaffung von Speichern für Oberflächenwasser im Straßenraum. Das ist der neue „Resilienz-Joker“.

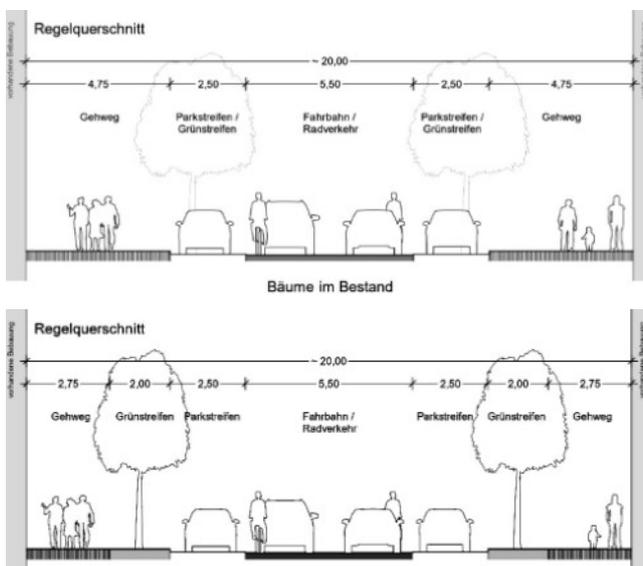
Das ist wahrscheinlich technisch alles „state of the art“. Aber ist das die Zukunft: Wir dürfen weiter Pflastern, Platten legen, Asphaltieren und Parkplätze schaffen, wenn wir nur ab und zu ein paar Löcher machen, wo das Wasser abfließen oder versickern kann. Und stehen dabei ein paar Bäume im Weg, werden sie eben unter dem Vorwand Resilienz umgehauen?



Hinter dem Konflikt „alt“ oder „neu“ geht einiges unter, so die Frage: „Wie wollen wir leben?“ Klar, darauf haben selbst Menschen, die in einer Straße leben, oft sehr unterschiedliche Antworten. Bei den Varianten steht also auch zur Wahl: Ein viel breiteres Gehweg (siehe Grafikvergleich unten links) oder mehr Parkplätze. Das 100 Jahre alte Foto lässt erahnen, dass es schon ohne parkendes Blech ganz schön sein könnte. Gestalterisch spannend wäre zudem die Frage: Lässt sich nicht aus dem Mini-Quartier zwischen Bahnhofstraße, Hannoverscher Straße, Jägerstraße und Fuhsestraße ein verkehrsberuhigter Bereich machen, in dem sich alle Verkehrsteilnehmer:innen gleichberechtigt den Raum teilen? Das wäre doch für alle – also auch z.B. Gastronomie und Handel – von Vorteil, oder? Und wären eine Straße für Menschen nicht eine, bei der sich diese über Bäume freuen würden, die nicht erst in 30 Jahren Schatten werfen und Kühle spenden?

Es ist also eine Diskussion nicht „nur“ um Bäume, sondern eine darum, wie wir leben wollen.

Der scheidende Stadtbaurat Ulrich Kinder hatte den Planungsentwurf übrigens dahingehend kritisiert, gängige Praxis sei die Sanierung im Bestand. Dass es dazu jetzt eine „Alternativ“-Planung gibt, sei der ausdrückliche Wunsch von OB Nigge gewesen.



Kollerscher Wald unter Landschaftsschutz

Zum Klimaschutzausschuss (nach Redaktionsschluss) hat die Verwaltung eine Beschlussvorlage vorgelegt, mit der ein Ordnungsverfahren zur Ausweisung eines Landschaftsschutzgebietes „Kollerscher Wald“ eingeleitet werden soll. Wenn das kein Erfolg ist. Begründung:

„Unter Berücksichtigung [...] Biotopausstattung, der naturschutzfachlichen Wertigkeiten und der daraus abzuleitenden gesetzlichen Schutzansprüche sowohl einzelner Elemente als auch des Gesamtensembles wird empfohlen, eine dauerhafte Sicherung des gesamten Gebietes durch Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet nach § 26 BNatSchG i.V.m. § 19 NAGBNatSchG herbeizuführen.“

Hier die Zusammenfassung des floristischen und faunistischen Gutachtens:

„Im Untersuchungsgebiet sind weit überwiegend hochwertige bis sehr hochwertige Wald- und Grünlandbiotope vorhanden. Im Wald wurden zahlreiche Habitatbäume und Totholz festgestellt. Die hohe Anzahl von Habitatbäumen bietet ein sehr gutes Quartier-, Unterschlupf- und Niststätten-Angebot für höhlenbrütende Vögel und Fledermäuse. Bei vier Bäumen besteht aufgrund des hohen Stammdurchmessers eine potenzielle Eignung als Winterquartier für Fledermäuse. Die Habitatbäume gehören zu den § 44 Absatz 1 Nr. 3 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gesetzlich geschützten Fortpflanzungs- und Ruhestätten.

Insgesamt wurden 10 Fledermausarten nachgewiesen, wodurch dem Gebiet eine besondere Bedeutung zugewiesen werden kann. Alle heimischen Fledermäuse sind gem. § 7 BNatSchG streng geschützt. [...] Für Brutvögel besitzt das Gebiet eine mittlere bis hohe Bedeutung. Es wurden 24 Arten nachgewiesen, davon wurden 22 als Brutvögel eingestuft. Alle heimischen Vogelarten sind besonders geschützt und unterliegen den Zugriffsverboten gem. § 44 BNatSchG. Der Schwarzspecht ist streng geschützt. Das NLWKN hat im Rahmen der „Niedersächsischen Strategie für Arten- und Biotopschutz“ Arten benannt, für die vordringlich Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung notwendig sind. Für das UG sind das Schwarzspecht und Kleinspecht.

Für Holzkäferarten ist die Bedeutung des Gebietes als hoch zu bezeichnen. Trotz geringer Untersuchungstiefe wurden 246 Käferarten, darunter 140 Arten der Holzkäfer [...] nachgewiesen. Es wurden zwei Urwaldreliktarten nachgewiesen. Diese sind Zeiger einer Naturnähe und Altholztradition, da die Arten nicht hoch mobil sind. Gebiete mit jahrhundertelanger Waldtradition sind von landesweiter Bedeutung.

Für den Pflanzenartenschutz besteht eine allgemeine Bedeutung.“



Baumschutz light

Schon bei den Haushaltsberatungen der Stadt Celle war klar: Jetzt soll es doch eine Baumschutzsatzung (BSS) geben. Denn es wurden zwei neue Stellen für diesen Zweck bewilligt. Nun liegt (kurz vor Redaktionsschluss) der Entwurf der Verwaltung vor ... und: Die Satzung will leider irgendwie alles schützen, die Bäume, aber auch die Eigentümer:innen derselben, wenn die Bäume anfangen „zu stören“. Und damit bleibt das alles selbstverständlich inkonsequent.

Worum geht's bei einer BSS? Bäume und Hecken dürfen ab einer bestimmten Größe nicht mehr einfach abgeholzt werden. Wer's dennoch tut, braucht eine Sondergenehmigung, muss Ersatzpflanzungen machen oder bezahlen – oder wird bei „Regelverstoß“ auch mit Bußgeld belegt.

Was liegt noch immer quer?

1.) Die Satzung gilt nur für durchgehend bebaute Gebiete, d.h. für Bauvorhaben auf unbebauten Flächen kann nach wie vor abgeholzt werden.

2.) Bäume werden erst ab einem Stammumfang von 100 cm geschützt; ab 60 cm (wie in der hannoverschen Satzung) beginnt für viele Bäume aber das beste Wachstumsalter erhalten.

3.) Geschützt werden nur Laubbäume. Nadelbäume leisten zwar keinen wesentlichen Beitrag zum Mikroklima, bieten aber im Winter Schutz für Vögel und setzen viel gespeichertes CO₂ frei, wenn sie abgeholzt werden.

4.) Hecken werden erst ab 10 Meter Länge unter Schutz gestellt. Andernorts gilt der Schutz schon ab 5 Meter Länge.

5.) Bei den Ersatzpflanzungen oder Ausgleichzahlungen wird – salopp formuliert – der Holzwert als Maßstab genommen, keinesfalls aber der „Wert“ für den Naturhaushalt.

So hat die Verwaltung in ihrer Beschlussvorlage Recht, wenn sie unter dem Punkt „Klimaauswirkungen“ angibt: „keine“.

"Unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben"

In der Nacht des 20. Januar 2022 gegen 1:30 Uhr drang die Polizei in Begleitung eines Mitarbeiters des Landkreises Celle in die Wohnung der schlafenden Familie in Wathlingen ein, um sie nach Georgien abzuschieben. Der – nach Angaben seiner Rechtsanwältin – psychisch schwer erkrankten Mann wurde mit seinen vier minderjährigen Kindern abgeschoben – und dadurch von der schwangeren Mutter getrennt.

Das Klimabündnis im Kreistag (aus B'90/Die Grünen, Die Linke, Die Partei) hatte der Kreisverwaltung dazu einen Fragenkatalog vorgelegt. Hingewiesen wurde darauf, dass es im gültigen Rückführungserlass heißt: „*Abschiebungen sind grundsätzlich so zu terminieren, dass der Abholungstermin nicht vor 6.00 Uhr morgens festgelegt werden kann.*“ Und weiter: „*Wenn minderjährige Kinder von einem Elternteil oder den Eltern getrennt würden, ist aufgrund der hohen Bedeutung der Wahrung der Familieneinheit die eingeleitete Maßnahme grundsätzlich auszusetzen und die eingeleitete Abschiebung abubrechen.*“

Hier die Antworten, die wir an dieser Stelle nicht weiter kommentieren (müssen).

1. Wieso wurde der Abholungstermin vor 6 Uhr gelegt?

Die Flüge werden [...] von der Landesaufnahmebehörde gebucht. Auf Tag und Uhrzeit hat der Landkreis keinen Einfluss. [...] Wie bei jeder Flugreise müssen die Passagiere in der Regel drei Stunden vor Abflug am Flughafen sein. Da auch noch Zeit für das Packen der Koffer und für die Anfahrt zum Flughafen eingeplant werden muss, werden die Betroffenen oft schon sehr früh morgens oder noch in der Nacht aufgesucht.

2. Warum wurde die eingeleitete Abschiebung nicht abgebrochen, nachdem klar war, dass die minderjährigen Kinder von einem Elternteil getrennt wurden? Die Frau und Mutter war zum Zeitpunkt der eingeleiteten Abschiebung im siebten Monat schwanger, zwei Wochen später wäre sie im Mutterschutz gewesen.

Unter Ziffer 5.3 Abs. 4-5 des in der Anfrage zitierten Rückführungserlasses vom 07.07.2021 wird erläutert, dass, wenn ein erster Abschiebungsversuch wegen Widerstandshandlungen abgebrochen worden ist, bei einem weiteren Versuch eine Trennung der Familie erfolgen kann, wenn dies zuvor schriftlich angekündigt worden ist. An diese Vorschrift hat sich die Ausländerbehörde gehalten.

3. Warum wurde offenbar davon ausgegangen, dass die Ehefrau und Mutter trotz ärztlich attestierter Risikoschwangerschaft abgeschoben werden konnte?

Eine Risikoschwangerschaft führt nicht automatisch zu einer Flug- und Reiseunfähigkeit. Die gem. § 60a Abs. 2c Aufenthaltsgesetz (AufenthG) notwendige qualifizierte ärztliche Bescheinigung zum Gesundheitszustand wurde uns trotz Aufforderung nicht vorgelegt. Eine ärztliche Betreuung war zudem zu jedem Zeitpunkt der geplanten Rück-

führung bis zur Ankunft im Heimatland sichergestellt. Auf ärztliches Anraten hätten wir die Abschiebung jederzeit abgebrochen. Dies war jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht notwendig. Diese Einschätzung wird auch dadurch nachträglich bestätigt, dass die Ehefrau und Mutter neun Tage später auf eigenen Wunsch in ihr Heimatland zurückgekehrt ist. Zuvor wurde eine fachärztliche Bestätigung der Flug- und Reisefähigkeit ausgestellt.

4. Ist es richtig, dass eine Abschiebung im Mutterschutz rechtlich nicht möglich gewesen wäre?

Mit Beginn des Mutterschutzes nehmen die Fluggesellschaften die betreffenden Frauen nicht mehr mit. Zumindest eine Flug-Abschiebung ist während des Mutterschutzes somit aus tatsächlichen Gründen nicht möglich. [...]

6. Die Bundesregierung hat [...] bekundet, ein sogenanntes „Chancen- Aufenthaltsrecht“ schaffen zu wollen, das Menschen, die am 1.1. 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen eine einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe ermöglichen soll. Hätten die jetzt Abgeschobenen zum Personenkreis gehört, der dieses „Chancen-Aufenthaltsrecht“ in Anspruch nehmen kann?

Ein Gesetzestext liegt bisher nicht vor, so dass nicht beurteilt werden kann, ob die Familie unter eine solche Vorschrift fallen könnte.

7. In einem Report des Arbeitskreises Flucht und Asyl der IPPNW Deutschland mit dem Titel "Die gesundheitlichen Folgen von Abschiebungen. Eine Einordnung und Kritik aus ärztlicher und psychotherapeutischer Sicht" aus dem Jahr 2020 ist zu Situation von Kindern zu lesen: [...] „Die Praxis der Abschiebung von Kindern und Jugendlichen verstößt oft gegen Artikel 2 (2) und Artikel 6 (1) Grundgesetz (Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Schutz der Familie) und Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Verbot erniedrigender oder unmenschlicher Behandlung). Sie verstößt immer gegen Artikel 3 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die bei uns geltendes Recht ist (Berücksichtigung des Kindeswohls bei allen staatlichen Maßnahmen).“ Bezieht die Kreisverwaltung derartige Erkenntnisse in ihre Entscheidungen ein? Wenn nein, warum nicht?

[...] Wenn es wegen fehlender Ausreisebereitschaft zu einer Abschiebung kommen muss, wird versucht, jede Eskalation der Situation zu vermeiden und insbesondere mit den Kindern einfühlsam umzugehen. Leider nehmen einige Eltern auf die Gefühle der Kinder kaum Rücksicht und erschweren die Situation für die Kinder zusätzlich.

Grundsätzliche Erwägungen, ob Abschiebungen überhaupt stattfinden sollen, weil sie zu einer zu großen Belastung für die Betroffenen führen können, obliegen aber nicht der Exekutive, sondern allein dem Gesetzgeber. Die Verwaltung hat unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben eine bestehende Ausreisepflicht umzusetzen.

Für eine geschlechterbefreite Gesellschaft

Anlässlich des Internationalen Frauen*Kampftags veranstalteten unterschiedliche Initiativen und Organisationen in Celle eine Krach-Demonstration mit anschließender Kundgebung, um für Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen und für ein Leben frei von Gewalt zu demonstrieren.

Rund 85 Menschen allen Alters folgten dem Aufruf durch die feministische Organisation "Gemeinsam Kämpfen – für Selbstbestimmung und demokratische Autonomie", das Autonome Frauenhaus Celle, der kurdische Frauenverein Hêvî - Hilfe für Frauen in Not, der Dachverband des Êzîdîschen Frauenrats (SMJÊ), der Frauen-, Divers- und Kinder-Brunch der Solidarischen Initiative Neuenhäusen, LIST (Land in Sicht - Transition), GEW KV Celle, DGB KV Celle und die Linksjugend Solid Südheide.

Lautstark zog die Krach-Demonstration vom Gertrud-Schröter Platz (ehem. Thaerplatz) über den großen Plan in die Innenstadt. Auf der Kundgebung auf der Stechbahn wurde die Geschlechterungerechtigkeit in Deutschland, wie auch weltweit kritisiert.

Rednerinnen des Autonomen Frauenhauses machten darauf aufmerksam, dass Feminizide (Frauenmorde) ein Problem unserer Gesellschaft seien und gestoppt werden müssten. In einem Redebeitrag des Êzîdîschen Frauenrats SMJÊ wurde auf den noch immer anhaltenden Völkermord des sogenannten Islamischen Staats an der êzîdîschen Bevölkerung hingewiesen und die Forderung stark gemacht, die noch immer verschleppten Frauen und Mädchen aufzufinden und zu befreien.

Eine Rednerin von der feministischen Ortsgruppe „Gemeinsam Kämpfen“ erklärte: „Wir kämpfen mit all unserem Mut, unserer Kraft und Entschlossenheit für eine bessere – eine gerechte Welt und unseren stärksten Kampf führen wir, indem wir eine ökologische, geschlechterbefreite und basisdemokratische Gesellschaft aufbauen.“

Wir dokumentieren den Redebeitrag von Nina Assmus, Vorsitzende der Celler GEW:

Hurra!

Ach nee, doch nicht.

Hurra! Seit 101 Jahren feiern wir den Internationalen Frauentag. Und es hat sich viel getan. Aber ach nee, doch nicht: Es liegt noch vieles im Argen. Lasst uns genauer hinsehen.

Hurra! Der Equal Pay Day war schon gestern und damit das erste Mal vor dem Internationalen Frauentag.

Aber ach nee, doch nicht: Bekämen Frauen und Männer in Deutschland den gleichen Stundenlohn, dann hätten die Frauen bis gestern umsonst gearbeitet, während die Männer schon ab 1. Januar entlohnt wurden. Bezogen auf den Monatslohn heißt das:

Durchschnittlich verdienen Frauen 1192 Euro im Monat weniger als die Männer. Damit können Sie weniger für ihre Rente oder Pension vorsorgen und sind somit weitaus häufiger von Altersarmut betroffen als Männer.

Wir fordern daher einen Abbau des Gender Pay Gap!



Hurra! Es gab doch jetzt die Corona-Sonderzahlung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Aber ach nee, doch nicht: Es fehlen in den sozialen Berufen ja weiterhin Fachkräfte an allen Ecken und Enden.

Es geht also nicht nur um eine reine Anpassung der Entgelte, sondern auch um eine gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung der sozialen Berufe (der so genannten „Frauen-Berufe“).



Im Pflegebereich, aber auch im Bildungs- und Erziehungsbereich arbeiten die Fachkräfte sowie das pädagogische Personal an der Belastungsgrenze. Dieses Jahr werden die Tarife im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst neu verhandelt. Ver.di hat daher heute zum Warnstreik in den kommunalen Kitas aufgerufen. Aber es gibt auch Ungerechtigkeiten innerhalb einer Berufsgruppe.

Die GEW fordert seit langem und immer wieder laut, dass endlich schulformunabhängig der gleiche Lohn gezahlt wird. Also A13 bzw. E13 für alle, auch für die Grundschullehrerin und nicht nur für den Gymnasiallehrer.

Hurra, heute bleibt die Kita zu!

Aber ach nee, doch nicht: Auch jetzt trifft es wieder die Frauen.

Wenn die Kita zu ist, muss eben Kinderbetreuung und Home-Office nebenher parallel laufen. Und *„nach zwei Jahren Pandemie zeigen erste Untersuchungen eine Rückentwicklung hin zu traditionellen Rollenbildern. Frauen tragen in allen Bereichen die Hauptlast der Versorgungsarbeit, reduzieren ihre Arbeitszeit für die Kinderbetreuung, mit nachhaltig negativen Auswirkungen auf Verdienst und Altersversorgung.“* Durchschnittlich übernehmen 80% der Frauen die unbezahlte Familien- und Sorgearbeit. Ist ja gut, dann sind sie ja eh zu Hause, wenn die Kita zu ist. Sie bleiben aber damit auch ihr Leben lang finanziell abhängig.

Wir fordern daher eine Abschaffung des Gender Care Gap – und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Hurra! Mein Mann hilft aber im Haushalt.

Aber ach nee, doch nicht: Auch in Haushalten ohne Kinder bringen Frauen ein Drittel mehr Zeit für Haushalt und Pflege auf.

Frauke Gützkow (GEW Bundesvorstand) dazu: *„Frauen wollen teilen. Deshalb: Männer, übernehmt mehr von der unbezahlten Haus- und Familienarbeit!“*

Wir fordern daher: Unbezahlte Haus- und Sorgearbeit als Normalfall für alle Geschlechter vorantreiben!

Und dann: Hurra, Frieden! Wie unglaublich gerne hätte ich das heute verkündet.

Aber ach nee, noch lange ist kein Ende des Krieges in Sicht. Krieg in der Ukraine, gefühlt vor der Haustür. Krieg in Syrien. Krieg bedeutet immer auch Leid für Frauen und Kinder. Mehr Waffen heißt vor allem: Mehr tote Zivilist*innen. Mehr Frauen, die mit ihren Kindern ihre Heimat verlassen müssen. Nicht nur jetzt, sondern immer müssen Grenzen geöffnet werden. Müssen Fluchtursachen bekämpft werden. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine und allen Menschen, die vor Krieg, Hunger und Gewalt fliehen. Überall auf der Welt.

Hurra, der Frauentag ist ein Feiertag.

Ach nee, hier in Niedersachsen doch nicht.

Aber das macht nichts: Jeden Tag ist Frauentag.

Und jeden Tag kämpfen wir gemeinsam für eine geschlechtergerechte, offene und vielfältige Gesellschaft!

Jeden Tag kämpfen wir gemeinsam für ein friedliches, gewaltfreies Leben in Freiheit und Demokratie!

Quellen:

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gewerkschaftsfrauen-fordern-fortschritte-in-allen-bereichen>

<https://www.gew-nds.de/aktuelles/detailseite/8-maerz-2022-internationaler-frauentag>

Istanbul-Konvention

Das Klimabündnis im Kreistag B'90 (Die Grünen, Die Linke, Die Partei) hat beantragt, dass der Landkreis Celle die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen konsequent umsetzt. Dazu soll eine regionale Koordinierungsstelle unter Bereitstellung der erforderlichen finanziellen und personellen Mittel geschaffen werden. Weiter sollen die Frauenhäuser bei der Wohnungsbeschaffung unterstützt werden, damit der Aufenthalt in den Frauenhäusern verkürzt wird. Unter Federführung der Koordinierungsstelle soll eine politische Gesamtstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention mit passgenauen Maßnahmen für den Landkreis Celle bis Ende 2023 erarbeitet werden.

Mit einem zweiten Antrag wurde die Erstellung und Pflege eines Unterseitenbereichs auf der Webseite des Landkreises im mobilen responsiven Design „Gewalt stoppen - der Landkreis Celle macht mit“ beantragt. Betroffenen soll diese Seite mit schnellen Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen und Unterstützungsangebote helfen – anonym, unbürokratisch und zeitlich unabhängig.

Den genauen Antragstext gibt es z.B. unter

<http://linke-bsg.de/>



FrauenDiversKinder-Brunch-Gruppe hängt Plakate in Neuenhäusen auf

Seit der Stadtteil-Versammlung im Sommer letzten Jahres lädt die „Solidarische Initiative Neuenhäusen“ einmal monatlich Frauen, Divers-Personen und Kinder zum gemeinsamen Brunch ein. Hierbei wurden Plakate gestaltet, die Menschen in Neuenhäusen darauf aufmerksam machen sollen, welches Verhalten für andere unangenehm ist. Am 13. März wurden sie in der Bahnhofsgegend aufgehängt.

Im Frühsommer 2021 führte die damals neu gegründete „Solidarische Initiative Neuenhäusen“ im Stadtteil eine Umfrage durch, um Bedürfnisse und Schwierigkeiten wie auch Positives von den Nachbar:innen zu erfahren. Ein Teil der Fragen richtete sich gezielt an Frauen und Divers-Personen. Im Anschluss an die Stadtteil-Versammlung wurden die Antworten bei einem Picknick gemeinsam ausgewertet. Viele hatten angegeben, sich an bestimmten Orten unwohl oder sogar unsicher zu fühlen – insbesondere aufgrund des Verhaltens mancher Männer.

Bei diesem ersten Zusammentreffen entwickelte sich die Idee, Plakate zu gestalten und hiermit alle Menschen darauf aufmerksam zu machen, welches Verhalten gemeint ist. Von Slogans wie „Ich ziehe an was ich will, bewerte es nicht!“ bis hin zu der seit den 70ern von Frauen stark gemachten Forderung an Männer, dass diese nachts die Stra-

ßenseite wechseln sollten, wenn sie hinter einer einzelnen Frau hergehen, wurden ganz unterschiedliche Themen auf den handgemalten Plakaten aufgegriffen. Anwohner:innen sowie Passant:innen fanden die Idee und die Aktion an dem sonnigen Sonntag offenbar toll, wie eine Beteiligte hinterher berichtete: „Wir waren über das positive Feedback überrascht. Viele Menschen haben uns angesprochen, nachgefragt und sind mit uns ins Gespräch gekommen. Nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu machen, fanden sie richtig.“

Zum nächsten FrauenDiversKinder-Brunch am Sonntag, 10. April 2022, um 10 Uhr in der VHS Celle lädt die Gruppe herzlich ein. Der Brunch findet immer am zweiten Sonntag eines Monats statt.

Biotonne – Beitrag zum Klimaschutz

Gerade macht der Zweckverband Abfallwirtschaft eine Kampagne zur Nutzung der Biotonne. Denn (und jetzt der Text von der Website):

Leider landet noch immer zu viel Bioabfall im Restmüll. Das bedeutet, dass dieser eigentlich wiederverwertbare Rohstoff zusammen mit dem Restmüll verbrannt wird. Das ist nicht nur nachteilig für das Klima, sondern kostet Sie als Kunden mehr als nötig.

> Der konsequente Einsatz der Biotonne spart Gebühren

- weil Bioabfall über 30% günstiger ist als Restabfall,
- weil bei konsequenter Nutzung der Biotonne weniger Restabfall anfällt und darum weniger Leerungen der Restabfalltonne nötig sind,
- weil für die Biotonne keine Grundgebühr anfällt,
- weil es die Biotonne in bedarfsgerechten Größen gibt, sodass nur die wirklich benötigten Leerungen bezahlt werden müssen.

> Die Abfälle aus der Biotonne werden als Kompost wiederverwertet statt mit dem Restmüll verbrannt. Wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

> Die Biotonne bietet eine wichtige Ergänzung zum Komposthaufen, da problematische Abfälle der Eigenkompostierung hierüber entsorgt werden können.

> Die regelmäßige, kostenlose Reinigung der Biotonne durch das Waschmobil verhindert Verschmutzungen.

Hier gibt's dann mehr zu den Gebühren (keine Grundgebühr, die Leerung kostet einen Euro pro 20 Liter, also 4 Euro für eine 80 l Tonne):

www.zacelle.de/abfallarten/bioabfall/infos-zum-bioabfall/





----- 22.01.2022 -----

Zobel und Schmidt

Janne Schmidt und Bernd Zobel wurden auf einer Mitgliederversammlung in Nienhagen zu neuen Vorsitzenden des Grünen Kreisverbandes Celle gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Lara Erkens (Adelheidsdorf), Johanne Gerlach (Hermannsburg), Jan Manske (Winsen) und Thomas Müller (Nienhagen), neue KassiererIn wurde Uta Flick (Celle).

Für die Landtagswahl am 9. Oktober wurde als Direktkandidaten gewählt: Johanne Gerlach für den Wahlkreis Bergen und Prof. Dr. Martin Kirschstein für den Wahlkreis Celle. Gerlach kommt aus Hermannsburg und unterrichtet am dortigen Gymnasium. Kirschstein war bis Ende 2021 fast 23 Jahre Chefarzt der Kinderklinik am AKH Celle.



----- 12.02.2022 -----

Geburtstag

Unter Bewegungsgesichtspunkten müssten wir wohl fast gratulieren – ein Jahr lang haben es die Querdenker:innen von „Celle-steht-auf“ geschafft, jeden Samstag eine Kundgebung in der Altstadt durchzuführen. Glücklicherweise wirkt der sektiererische Pathos ihres Vorgehens auf viele wohl eher abschreckend, die gute



----- 21.02.2022 -----

Stolpersteinverlegung

An vier Orten verlegte der Kölner Künstler Gunter Deming Stolpersteine – und zwar für die Kommunisten Otto Elsner (Hattendorfstraße 22) und Heinrich Schang (Sankt-Georg-Straße 16). Über die Lebensgeschichte der beiden Widerstandskämpfer haben wir im letzten Heft berichtet. Anschließend wurden Stolpersteine für die jüdischen Familien Katzenstein und Reinach in der Lüneburger Str. 18 und der Richard-Katzenstein-Straße am OLG verlegt. Trotz des unwirtlichen Wetters waren jeweils rund zwei Dutzend Menschen dabei.

Mehr Infos unter: <https://stolpersteine-guide.de/map/staedte/91/celle>



Gründe haben, einzelne Pandemiemaßnahmen in Frage zu stellen. Die Dominanz von AfD-Funktionär:innen und den Esoteriker:innen der Partei „Die Basis“ in der Orga-Gruppe stärkt auch nicht gerade die Anziehungskraft, so dass die Teilnehmendenzahlen eher selten mal die 70 übersprungen haben.

----- 13.02.2022 -----

Nachwahl

Gerade mal 14,9 % der Wahlberechtigten nutzen ihre „Chance“ auf eine erneute Stimmabgabe. Eine Veränderung führten damit die herbei, die nicht erneut zur Wahl gingen. Getroffen hat es B'90/Die Grünen, die ein Kreistagsmandat verloren (Roy Livingston); die WG hat einen Sitz gewonnen (Alfred Hoppenstedt). Die „Nachwahl“ insbesondere in Neuenhäusern, war erforderlich geworden, weil im September falsche Wahlzettel ausgegeben worden waren. Die Gruppe „Gemeinsam für Fortschritt“ aus SPD, WG, FDP und Klimabündnis (B'90/Die Grünen, Die Linke, Die Partei) hat damit weiterhin eine knappe Mehrheit.

----- 15.02.2022 -----

Freiheit für Öcalan

Zum Jahrestag der Verschleppung Abdullah Öcalans und wegen der anhaltenden Angriffe des türkischen Militärs auf kurdische Gebiete, haben Aktivist:innen in Celle ein Transparent am Bahnhof aufgehängt mit der Forderung: Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan!



----- 26.02 2022 -----

Siemsglück und Engelen

Zur Landtagswahl werden für die SPD im Wahlkreis Celle (mit Hambühren und Wietze) Christoph Engelen und im Wahlkreis Bergen (übriger Landkreis) Ros-Marie Siemsglöß zur Wahl antreten. Beide sind Vorsitzende der SPD-Ratsfraktionen in Celle und Bergen, Siemsglück ist auch Kreistagsabgeordnete.

----- 27.02 2022 -----

Kundgebung für den Frieden

Vier Tage nach Kriegsbeginn versammelten sich rund 700 Menschen vor dem Celler Schloss zu einer „Kundgebung für den Frieden“. Aufgerufen hatte das „Aktionsbündnis Gelebte Demokratie“, das gegründet worden war, um gegen die „Querdenker“-Bewegung Haltung zu zeigen. Die Friedenskundgebung war in diesem Sinne auch als „überparteiliche“ Versammlung gegen den Krieg gedacht und als Solidaritätsbekundung für die ukrainische Bevölkerung. Da es keine Redner:innen-Liste gab sondern ein „Offenes Mikrofon“, war das Meinungsspektrum über die Verurteilung des russischen Angriffskriegs hinaus dann

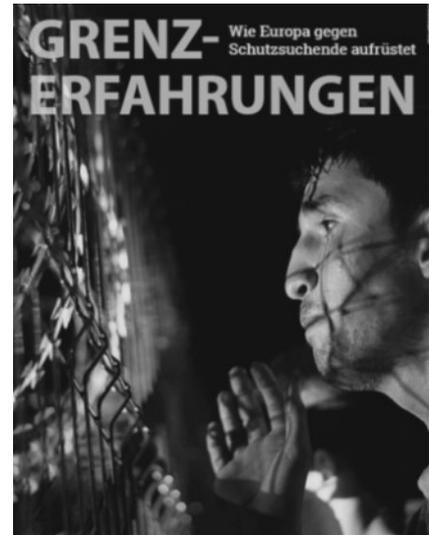


doch breit. Während die CZ sich in ihrer Berichterstattung entschloss zu behaupten, die Celler hätten so „ein „Herz für die Ukraine“ gezeigt, störte sich CellerHeute an NATO-kritischen Zwischentönen. Dass letztere ihre Berechtigung haben, erfuhren die Teilnehmenden als sie zuhause waren in den Nachrichtensendungen. Denn ob eine Mehrheit von ihnen das zeitgleich zur Kundgebung vom Kanzler in einer Regierungserklärung gigantische Aufrüstungsprogramm für den richtigen Weg zum „Frieden“ hält, darf bezweifelt werden. Ein Teilnehmer immerhin schien eine Ahnung gehabt zu haben (siehe Foto).

----- 03.03.2022 -----

Strommast abgesägt

In der Marinesiedlung in Eschede haben unbekannte Täter an einem Waldweg, der parallel zur Straße "Zum Finkenbergr" verläuft, einen Strommast der zum NPD-Hof Finkenbergr führenden Oberleitung abgesägt. Eine Gefahr für Dritte bestand nicht, da die Leitung aufgrund eines Sturmschadens bereits seit Tagen stromlos geschaltet war, meint die Polizei. „Ausgek nipst – NPD-Treffpunkt sitzt im Dunkeln“, heißt es dagegen in einer Erklärung der Aktivist:innen, die uns nicht vorliegt - aber auf Internetportalen veröffentlicht wurde. Im wesentlichen werden die rechtsextremistischen Bezüge des Hof Nahtz erläutert.



----- 05.03.2022 -----

Grenzerfahrungen

Der Untertitel der PRO ASYL-Ausstellung, die Ende Februar im Bunten Haus gezeigt wurde, lautet „Wie Europa gegen Schutzsuchende aufrüstet“. Denn die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten arbeiten seit Jahren darauf hin, den Zugang zum Recht auf Asyl insbesondere an den EU-Außengrenzen faktisch abzuschaffen. Die Plakatausstellung zeigt, wie die Externalisierung von Flüchtlingen, die Abschottung der Außengrenzen sowie die militärischen und geopolitischen Interessen ineinandergreifen.

Die Ausstellung wurde ergänzt durch zwei Veranstaltungen der Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST). Im Format „List liest ...“ wurden Textpassagen den Büchern „odesursache Flucht“ und „Europa schafft sich ab“ (Erik Marquardt) diskutiert. Zum Abschluss wurde der Dokumentarfilm „Route 4“ gezeigt, der die lebensgefährliche Flucht dokumentiert, die Menschen auf sich nehmen, um über Libyen nach Europa zu gelangen.



Frieren für den Frieden



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Endlich sind sich alle einig beim 2 Grad-Ziel, oder besser doch 1,5 Grad-Ziel.

Oma Lilo: Wie meinst du das?

Die Dicke: Na, ums dem Russen zu zeigen, sind doch alle bereit, die Raumtemperatur zu senken.

Klein Jonas: Wie witzig. [gedehnt:] Ha, ha.

Der Besserwisser: Die Volksgemeinschaft einig im Kampf für den Frieden.

Der lange Lulatsch: Abgesehen von allem, was hier ironisch mit-schwingen soll ... ich finde Sanktionen richtig. In einer globalisierten Welt kann das Wirkung erzielen gegen völkerrechtsverletzende Staatenlenker.

Oma Lilo: Dann aber bitte auch gegen USA, China, Türkei, Saudi-Arabien ... wieviel Staaten gibt's eigentlich?

Klein Jonas: 193 Mitgliedsstaaten haben die Vereinten Nationen.

Oma Lilo: Naja, vereint wäre nett. Aber gut, vielleicht lassen sich 50 davon mit gutem Willen von Sanktionen ausnehmen.

Der lange Lulatsch: Jetzt geht es aber nicht um Moral, sondern darum einen Krieg zu beenden. Und ja, wenn in jedem einzelnen Fall Staaten sofort, ökonomisch, politisch, kulturell isoliert würden ... Aber ich weiß: Meine Antwort darauf, wer „the good, the bad and the ugly“ sind, ist nicht gerade konsensfähig.

Die Dicke: Wäre ja schon schön gewesen, wenigstens die Rüstungsexporte zu beenden.

Der Besserwisser [mit ironischem Unterton]: Aber die gehen doch gerade an die Guten.

Oma Lilo: Ich weiß, das klingt jetzt hässlich und unsolidarisch. Aber die Guten sind die Guten, weil sie sich bereitwillig vor den Karren der NATO haben spannen lassen.

Die Dicke: Du meinst die NATO-Osterweiterung.

Oma Lilo: Ja. Mal abgesehen von seiner irren Kriegspropaganda hat Putin ja oft, ausführlich und unmissverständlich darauf hingewiesen, dass Russland sich bedroht sieht. Es will keine NATO vor der Haustür und hat dafür auch einige Gründe. Es ist also hinsichtlich der Interessen völliger Quatsch, wenn in den Talkshows immer wieder behauptet wird, man könne nicht in Putins Kopf schauen. Braucht niemand, es reicht, die Reden zu lesen.

Der lange Lulatsch: Ich gebe dir Recht. Er hat klar eine „rote Linie“ gezogen, über die die NATO ohne Krieg aber nicht bereit war zu reden.

Oma Lilo: In der letzten Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ ...

Die Dicke: ... Albrecht von Lucke ...

Oma Lilo: ... genau: Mitherausgeber, also kein linksradikal beleumdetes Blatt. Neben den Schritten der NATO-Osterweiterung, die Bernd Greiner dort kenntnisreich nachvollzieht, gibt's einen Aufsatz von August Pradetto, der als Weg zur De-Eskalation eine Neutralität der Ukraine diskutiert, auf die sich im Westen aber niemand einlassen wollte. Pution hat das ja in seinem Kriegsziel „Entmilitarisierung“ genannt, aber das – also Neutralität, in welcher Form auch immer – scheint mir der einzige Weg zur Beendigung des Krieges. Und die ukrainische Führung macht die Tür dafür ja einen Spaltbreit auf. Ich finde: sinnvollerweise.

Der lange Lulatsch: Aber gegenseitige Sicherheit? Von wegen. Die Bundesregierung setzt auf Militarisierung.

Der Besserwisser: Sie nennen es Abschreckung.

Oma Lilo: Was die Kriege nie aus der Welt geschafft, sondern nur an andere Schauplätze verlagert hat – Stichwort: Stellvertreterkriege.

Klein Jonas: Ich kann das gar nicht fassen. Die Leute haben SPD und Grüne doch nicht gewählt, damit Aufrüstung betrieben wird.

Der lange Lulatsch: Das ist das deutsche Polit-Paradox. Leute, die Grüne und SPD wählen, und 1998 auf eine sozial-ökologische Politik hofften bekamen unterm Strich einen Kriegseintritt ...

Oma Lilo: ... ja, wird gern vergessen bei der „Oh, wir haben 75 Jahre in Frieden gelebt“-Betroffenheit, dass Deutschland beim völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien Kriegspartei war.

Der lange Lulatsch: ... Kriegseintritt und Hartz IV. Und dass die Abschaffung der Wehrpflicht und die Laufzeitbegrenzung bei AKW durch CDU/FDP umgesetzt wurde.

Oma Lilo: Ein Kanzler Friedrich Merz hätte die 100 Milliarden und die zwei Prozent vom BSP nicht ohne Widerwillen und Proteste durch SPD, Bündnisgrüne, Gewerkschaften und Kirchen bekommen. Was und zurückbringt zum Krieg. Im schlechten Fall kriegen wir jetzt durch die Ampel eine Verlängerung der Kohleverstromung.

Klein Jonas: Im besseren Fall eine viel schnellere Energiewende.

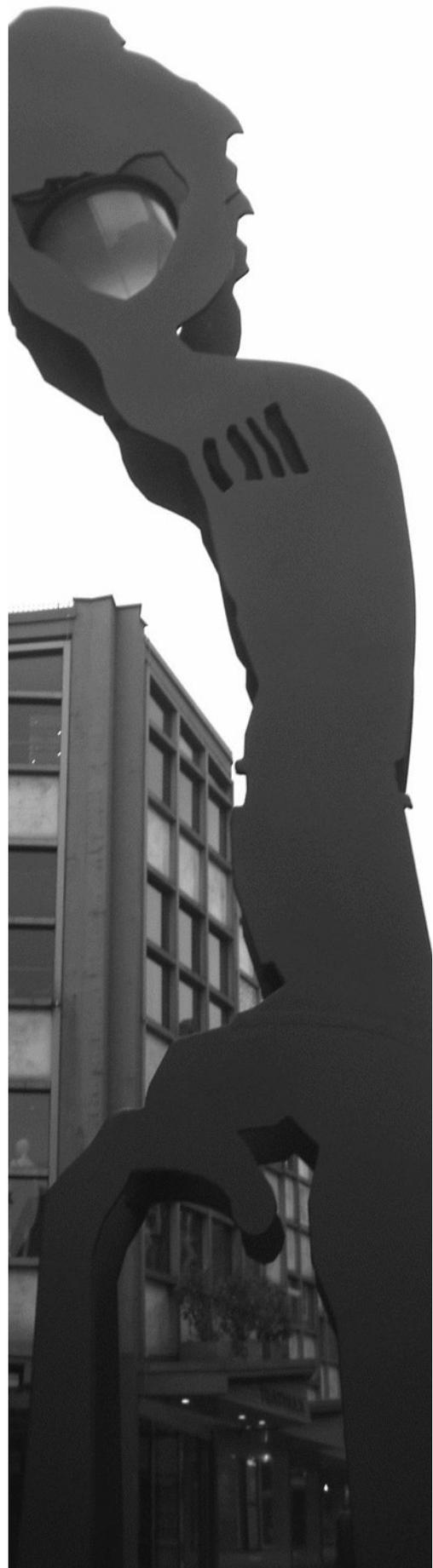
Die Dicke: Ich finde ja beeindruckend, dass so viele Menschen flüchten. Es zeigt nicht nur ihre Furcht, es zeigt auch ihre Autonomie. Zu gehen, wenn sie um ihr Leben fürchten müssen.

Klein Jonas: Wisst ihr, dass es für Männer zwischen 18 und 60 Jahre keine Möglichkeit gibt, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst zu verweigern?

Der lange Lulatsch: Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es in all den internationalen Menschenrechtserklärungen nicht. Deshalb hier mal ein Lob des Deserteurs und der Deserteurin. Und das gilt nicht nur für russische, sondern auch für ukrainische Soldaten.

Die Dicke: In der ukrainischen Hafenstadt Cherson gehen viele Leute ja nach der Besetzung der Stadt durch die Russen auf die Straße, stellen sich Panzern entgegen, protestieren. Die *Süddeutsche* nennt das zivilen Widerstand. Ich denke, es geht in die Richtung *soziale Verteidigung*. Darüber wurde unter Anarchist:innen, aber auch in Kirchenkreisen, im letzten Jahrhundert mal intensiv diskutiert.

Oma Lilo: Vor kurzem habe ich im Deutschlandfunk ein Interview gehört, wo die Initiative „Sicherheit Neu Denken“ vorgestellt wurde, die sehr spannend ist, obwohl – ich sage das Mal in Richtung der beiden Herren – der Träger:innenkreis sehr bürgerlich ist. Aber schaut mal selbst: www.sicherheitneudenken.de



Neue Hähnchenmastanlagen in Beedenbostel

Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen unterstützt die Bürgerinitiative Lachendorf für Tier- und Umweltschutz (BILA) bei der Verhinderung zweier weiterer Hähnchenmastanlagen mit jeweils 60.000 Tierplätzen im Ortsteil Beedenbostel der Samtgemeinde Lachendorf (Kreis Celle). LBU-Vertreter Eckehard Niemann aus dem Kreis Uelzen, Koordinator des bundesweiten Bürgerinitiativen-Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, schätzt die Erfolgsaussichten des Widerstands gegen eine mögliche Genehmigung durch den Landkreis Celle als „sehr gut“ ein. Deshalb sei es umso wichtiger, dass nun viele weitere Bürgerinnen und Bürger (auch überregional) sowie weitere Umweltverbände wie BUND und NABU rasch ihre Einwände gegen das geplante Projekt beim Landkreis und/oder bei der Samtgemeinde Lachendorf einreichen.

Niemann betont ausdrücklich, dass sich der Widerstand natürlich nicht gegen die Familie Otte richte, sondern dezidiert gegen deren geplante Mastanlagen – mit deren „Qualhaltung“ sowie klima-, umwelt- und anwohnergefährdenden Ammoniak-, Feinstaub- und Keim-Immissionen. Eine derartige, agrarindustriell-abhängige Vertragsmast für Konzerne wie die Rothkötter-Gruppe widerspreche zudem einer ja gesellschaftlich massiv eingeforderten, artgerechteren Tierhaltung durch Bauernhöfe und gefährde auch die gesellschaftliche Akzeptanz der ganzen Landwirtschaft.

Die Warnung eines UB-Ratsherrn vor einer drohen-

den „Umzingelung“ Beedenbostels und seiner Einwohner durch 4 bisherige und nun auch noch 2 weitere Mastanlagen und deren gesundheitsschädliche Emissionen müsse ernst genommen werden. Zukünftig werde es im Außenbereich der Gemeinde zudem auch keinen Emissions-Spielraum mehr geben für eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung – ein Aspekt der niedersächsischen Geruchsimmisions-Richtlinie (GIRL), der in den Antrags-Anlagen nicht berücksichtigt sei.

Laut Einschätzung des LBU ist eine Genehmigung durch den Landkreis ausgeschlossen, wenn der 2003 in § 201 des Baugesetzbuchs nicht rechtswidrig unterlaufen werde: Der darin für eine landwirtschaftliche Bauprivilegierung im Außenbereich vorgeschriebene Nachweis von ausreichend Futterfläche werde in den Antragsunterlagen bei weitem nicht erbracht. Die von der Genehmigungsbehörde vorgelegte Flächen-Berechnung lege nicht nur unpassende Werte zugrunde, sondern berücksichtige eklatanterweise nicht mal den Umstand, dass ein Großteil der Betriebsflächen ja bereits durch den Silomaisanbau für Biogas-Anlagen und Stärkekartoffel-Anbauverträge rechtlich belegt sei.

Zudem, so der LBU, seien die (ohnehin unvollständigen) Antrags-Unterlagen über die Höhe der Emissionen, deren Ausbreitung (gerade in Windpark-Nähe!) und Auswirkungen auf Menschen, Wald, FFH-Gebiete und Wildvögel aussichtsreich anfechtbar. Bei Stall-„Luftwäschern“ legten die Niederlande z.B. lediglich die halbe Reinigungs-Leistung zugrunde. Auch die Brandschutz-Unterlagen seien lückenhaft und beklagbar – ein ganz wesentlicher Punkt angesichts der jüngsten Nachrichten über viele Zehntausende von verbrannten Tieren.

Vor allem aber, so LBU-Vertreter Niemann, sei Widerstand wegen der geplanten Qualhaltung der Masthühner angesagt. Während sich in den alten Ställen der Investoren-Familie auf einem Quadratmeter 15 Tiere drängten, seien in den geplanten Ställen sogar 20



Tiere je qm vorgesehen. Dies sei eine noch unerträglichere Situation der Tiere, die ohnehin einseitig auf massives Brustfleisch-Kurzzeit-Wachstum gezüchtet seien, so dass Kreislauf, Beine und Skelett der Tiere oft nicht mehr funktionierten. Die Tiere stünden wochenlang auf ihrem eigenen Kot, so dass Fußballen-Entzündungen viele Tiere an jeglicher Bewegung hinderten. Für letztere Tiere gelte dann selbst der – eigentlich selbstverständliche – Satz eines der Investoren nicht, Futter und Wasser seien „jederzeit vorhanden“. Bei einer solchen Tierhaltung hülfe allzu oft auch relativ häufige Antibiotika-Einsätze (pauschal für alle Tiere) nicht, es entstünden vielmehr die auch für Menschen sehr gefährlichen multi-resistenten Keime.

Angesichts dieser Zustände munde es schon zynisch an, wenn von Stallbetreibern von „artgerechter Tierhaltung“ gesprochen werde. Ganz im Gegenteil dazu sei hier sogar der „Vorfang“ von Tieren geplant, weil nach 5 Wochen die Tiere so eng stünden, dass man einen Teil vorzeitig einfange, damit der Rest noch bis zum Mast-Ende in den Stall passe. Der LBU kritisiert in diesem Zusammenhang die in der CZ zitierte, schönfärbische Äußerung eines der Mäster, man nehme nach 5 Wochen einen Teil der Tiere heraus, sodass die anderen „mehr Auslauf“ (!!) hätten. Angesichts künftig möglicherweise knapp 200.000 Masttieren sei auch die Behauptung im CZ-Interview abstrus, wonach die Geschäftsführer und ihre Mitarbeiter zweimal täglich „jedes einzelne Tier anschauen“ und bei Auffälligkeit „z.B. die Körpertemperatur überprüfen“ würden.

LBU-Vertreter Eckehard Niemann appelliert an die Antragsteller, ihre wohl ohnehin aussichtsreich beklagbaren Stallbau-Pläne aufzugeben - gerade auch angesichts eher trüber Aussichten für die Rentabilität der agrarindustriellen Hähnchenmast, die wohl von massiv steigenden Futterkosten und Überschuss-Produktion für den Billigpreis-Export geprägt sein werde.

Niemann erinnerte an die in der CZ zitierte Aussage einer Einwohnerin, die die Investoren an eine Zusage beim Bau ihrer ersten Ställe erinnerte, „keine weiteren Anlagen“ zu bauen. Die Forderungen an die Gemeinde nach einer Bürger-Informations-Veranstaltung blieben bestehen, umso wichtiger sei jetzt die Veranstaltung der BILA-Bürgerinitiative am 20. März mit vielen Informationen über Haltung, Genehmigungsverfahren und Verhinderung. Dem Landkreis drohe im Falle einer investoren-geneigten Genehmigung und einer später erfolgreichen Klage wegen ungerechtfertigter Genehmigung möglicherweise eine Schadenersatz-Forderung der Antragsteller.

Einwendungen gegen das Vorhaben sind bis zum 08.04.2022 möglich; näheres unter

<https://www.landkreis-celle.de/kreisverwaltung/bauen-und-kreisentwicklung/immissionsschutz/veroeffentlichung.html>

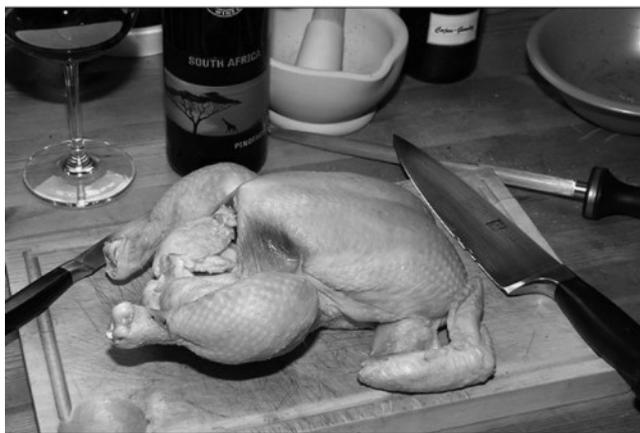
Argumente gegen die Mastställe

In einem Schreiben an den Landkreis (Adresse umseitig) können die Punkte genannt werden, die Ihnen bzw. Euch die größten Sorgen bereiten, z.B.

- die Gesundheitsgefahr durch antibiotikaresistente Keime
- die Umweltbelastung durch den Eintrag von Nitrat ins Grundwasser
- die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes um Beedenbostel
- der gesundheitsschädliche Schwerlastverkehr durchs Dorf mit Tiertransporten, Futtermitteln und Exkrementen (Feinstaubbelastung und Bakterien)
- der Wertverlust der Immobilien in ganz Beedenbostel
- die Einschränkung der Möglichkeiten für Tourismus und Naherholung
- die beengte und nicht tiergerechte Haltung in den Ställen
- die wirtschaftliche Problematik für die bäuerlichen Unternehmen
- die Zerstörung der Umwelt (z.B. Urwaldabholzung) in den Ursprungsländern der Futtermittel (Südamerika)
- die Schädigung der Landwirtschaft in den Ländern, in die unsere Fleischreste exportiert werden (Afrika)
- die gerade in Pandemiezeiten viel diskutierte Gefahr, dass durch die Massentierhaltung die Übertragung von Viren von Tieren auf Menschen und die Entstehung gefährlicher Zoonosen begünstigt wird.

Aus einem Flyer der BILA vom Dezember 2021

<http://bila-info.de/>





Rally für Rheinmetall

Noch im September 2021 war der Anteilsschein von Rheinmetall bis auf 76,28 Euro abgerutscht, bis zum 23. Februar, dem Tag vor dem Angriff auf die Ukraine, hatte sich die Rheinmetall-Aktie wieder bis auf 96,78 Euro erholt. Seitdem legten die Titel eine Rallye aufs Parkett, die den Anteilsschein in der Spitze bis auf 162,95 Euro trieb.

Quelle: Finanzen.net

Rheinmetall: Rekordergebnis

Die DPA berichtet, der Rüstungskonzern Rheinmetall habe im vergangenen Jahr ein Rekordergebnis erzielt: „Der operative Gewinn stieg nach Firmenangaben um 33 Prozent auf ein Rekordergebnis von 595 Millionen Euro.“ (jw) - IMI-Aktuell 2022/079

Rheinmetall: Milliardenpaket

Nachdem die Bundesregierung bis kürzlich noch unvorstellbare Beträge für neue Rüstungsprojekte ausgeblotzt hat, bringen sich die diversen Konzerne in Stellung, um den Profit abzuschöpfen. Über Rheinmetall heißt es etwa beim Handelsblatt: „Der Rheinmetall-Konzern hat der Bundesregierung am Montag eine umfassende Lieferung von Rüstungsgütern angeboten. Das Paket umfasse unter anderem Munition, Hubschrauber sowie Ketten- und Radpanzer, sagte Vorstandschef Armin Pap-



perger dem Handelsblatt. Das gesamte Volumen summiert sich seinen Angaben zufolge auf 42 Milliarden Euro.“ (jw) - IMI-Aktuell 2022/118

Papperger kann liefern

Papperger: Wir haben für das Ministerium aktuell Listen aufgestellt, was kurzfristig verfügbar wäre. Wir als Rheinmetall könnten in kurzer Zeit Ausrüstung im Wert von 42 Milliarden Euro liefern. Unsere Munitionswerke und Panzerwerke haben die Kapazitäten dafür. Wir können innerhalb von zwölf Monaten logistische Fahrzeuge liefern, innerhalb von 18 Monaten Radfahrzeuge und innerhalb von 24 Monaten auch Kettenfahrzeuge. Die Weichen müssten nur jetzt schnell gestellt werden, damit die Materialbeschaffung beginnen kann.

Quelle Focus Online, 01.03.2022

Ukraine-Effekt

Mit Blick auf den Ukraine-Effekt für die Verteidigungsgeschäfte seiner Firma meint Papperger: „Mittelfristig sehen wir in Deutschland ein jährliches Potential von bis zu zwei Milliarden Euro an zusätzlichem Umsatz, wenn die entsprechenden Beauftragungen erfolgen.“ Quelle: Westdeutsche Zeitung

Otte mal ganz offen

Nachdem Frankreich mitteilte, sein Militär aus Mali abzuziehen, wurde der Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) gefragt, wie es denn jetzt weitergehen soll mit der Bundeswehr. Seine Antwort in der tagesschau am 17. Februar: „Wer verhindern will, dass sich Menschen aufmachen aus den Ländern zu flüchten nach Europa, der muss bereit sein einen Beitrag auch in der Sahel-Zone zu liefern.“ Ups. Eine interessante Begründung. Offiziell heißt es eigentlich immer, die Ausbildungsmission EUTM Mali habe das Ziel, „die mali-schen Streitkräfte so auszubilden, dass sie selbst die Stabilität und Sicherheit in Mali gewährleisten können und damit zu einer Stabilisierung des Landes beitragen. Zudem werden Kenntnisse auf dem Gebiet der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts vermittelt.“ Das Völkerrechtsseminar hat unser Wahlkreisabgeordneter wohl geschwänzt bei seinem Studium der Rechtswissenschaft, denn - wie heißt es so schön in Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich des eigenen, zu verlassen ...“

Gegen Antisemitismus und Verschwörungsmythen

Seit fast zwei Jahren ist unser Leben von der weltweiten Corona-Pandemie geprägt. Zum Schutz vor Ansteckungsgefahren mussten wir alle weitreichende Einschränkungen in Kauf nehmen; persönliche Kontakte wurden reduziert, Restaurants und Geschäfte mussten vorübergehend schließen, kulturelle Angebote wurden heruntergefahren. Für viele Menschen bedeutete und bedeutet das eine große Belastung. Dennoch erträgt die große Mehrheit der Bevölkerung die Belastungen solidarisch, denn sie weiß: Nur mit gegenseitiger Rücksichtnahme und gesellschaftlichem Miteinander kann es uns gemeinsam gelingen, die Pandemie zu überwinden.

Das bedeutet nicht, dass Kritik an den Maßnahmen nicht legitim wäre. Im Gegenteil: Kritik an staatlichen Maßnahmen gehört zu einer funktionierenden Demokratie. Dem Recht auf freie Meinungsäußerung und dem Demonstrationsrecht kommt weiterhin eine fundamentale Bedeutung zu; der Respekt gegenüber anderen Meinungen und Personen bleibt weiterhin eine wichtige Grundvoraussetzung für das gesellschaftliche Miteinander.

Doch bei den „Spaziergängen“, auch in Celle, und in den einschlägigen Internet-Foren geht es vielen längst nicht mehr nur um Kritik an einzelnen Infektionsschutzmaßnahmen, sondern darum, die liberale, plurale, demokratische und solidarische Gesellschaftsordnung an sich zu delegitimieren. Ganz offen marschieren landesweit bei den „Spaziergängen“ Rechtsextreme und „Reichsbürger“ mit (auch in Celle), werden Desinformation, Wissenschaftsfeindlichkeit und Antisemitismus verbreitet.

Was mich als Historiker mit am meisten besorgt, ist der notorische Geschichtsrevisionismus, der von „Spaziergängern“ und „Corona-Kritikern“ verbreitet wird. Infektionsschutzmaßnahmen werden mit dem Holocaust gleichgesetzt, und es wird behauptet, wir lebten in einer „Corona-Diktatur“. Lassen Sie mich von einigen Beispielen aus meinem beruflichen Umfeld in Weimar berichten: Schon vor einem Jahr, im Februar 2021, legten die „Bürger für Deutschland“ am Buchenwald-Platz in Weimar einen Kranz nieder, auf dessen Schleife der „Opfern des Nationalsozialismus und der Opfer der sich totalisierenden Diktatur“ gedacht wurde – eine geschmacklose Gleichsetzung von NS und angeblicher „Corona-Diktatur“.

Knapp drei Monate später, am 1. Mai 2021, veranstalteten „Querdenker:innen“ in Weimar eine bundesweite Demo unter dem Hashtag „Weiße Rose 2021“ und setzten ihren Protest mit dem Widerstand der Gruppe um die Geschwister Scholl gleich.

Ihren Tiefpunkt erreichten die NS-Gleichsetzungen

mit einer Welle von etwa 250 Hassmails, die uns aus dem Milieu der „Maßnahmenkritiker“ erreichten, nachdem wir im vergangenen November den behördlichen Vorgaben folgend für den Besuch der Ausstellungen in Buchenwald die 2G-Regel eingeführt hatten (eine Maßnahme, die mittlerweile übrigens wieder aufgehoben ist).

Sie seien die neuen Juden, schrieben uns etliche Impfgegner:innen, und wir Gedenkstättenmitarbeiter seien die neuen Nazis und Faschisten. Auch als Dr. Mengele wurde ich bezeichnet – eine Anspielung auf die pseudomedizinischen Menschenversuche in den Konzentrationslagern, mit denen die Corona-Schutzimpfung gleichgesetzt wird. Diese sei, so kann man in den einschlägigen Telegram-Kanälen lesen, ein weltweiter Großversuch, bei dem Geimpfte als unfreiwillige Versuchskaninchen missbraucht oder, noch schlimmer, gezielt ermordet würden: der angebliche „Impf-Holocaust“ mit der „Giftspritze“.



Dass sie sich selbst als neue Juden bezeichnen, hindert die Leute nicht daran, im selben Atemzug antisemitische Verschwörungslegenden zu verbreiten. Ob sie nun „New World Order“, „Deep State“ oder „The Great Reset“ heißen oder behaupten, die globalen Eliten und ihre „Mainstream“-Medien planten, uns mittels 5G-Strahlung gleichzuschalten – immer schließen diese Mythen an die klassischen antisemitischen Verschwörungserzählungen an, bei welchen reiche Personen oder Familien – meist jüdischen Glaubens wie George Soros oder die Rothschilds – oder auch finstere Gestalten wie die Illuminaten die Weltherrschaft anstreben oder sichern wollen.

Eine der schlimmsten und zugleich absurdesten Erzählungen ist sicherlich der QAnon-Mythos, also die Erzählung, finstere Gesellen um Hillary Clinton würden Kinder in unterirdischen Verließen gefangen halten, sie sexuell missbrauchen und zu rituellen Zwecken ihr Blut trinken. Das ist nichts anderes als die jahrhundertealte antisemitische Legende vom jüdischen Ritualmord.

Solche Legenden und ein notorischer Geschichtsrevisionismus werden nicht nur in Weimar oder Thüringen, sondern überall in Deutschland verbreitet, auch bei „Celle steht auf“. Lassen sie mich einige Beispiele nennen:

- Ungeniert teilen die Administratoren ihres Telegram-Kanals Chats, die aus dem QAnon-Milieu stammen.

- Auch Chats des radikalen Antisemiten Attila Hildmann wurden schon geteilt, wie auch Videos, in denen von der Weltverschwörung der „Rothschilds“ geredet wurde.

- Erst vor zwei Wochen postete „Celle steht auf“ – in Anlehnung an das einschlägig bekannte Londoner Wandbild von Mear One – eine widerliche Zeichnung mit unverkennbar antisemitischen Klischees.

- Unwidersprochen laufen bei „Celle steht auf“ Reichsbürger mit Plakaten mit, auf denen behauptet wird, in Deutschland herrsche ein Besatzungsregime (Shaf). Nur noch das Militär könnte uns retten.

- Immer wieder wird bei „Celle steht auf“ mit falschen historischen Analogien der Nationalsozialismus verharmlost. „Inzidenz 1933“ war erst kürzlich auf Plakaten zu lesen, oder auch: „Sowas darf nie wieder passieren“, sagt der Deutsche und schaut zu, wie es wieder passiert“.

- Dazu passt auch mein letztes Beispiel: Vor zwei Wochen, bei der Jubiläumsdemo von „Celle steht auf“ zu seinem einjährigen Geburtstag, berichtete ein gewisser Reinhard (ich vermute, es handelt sich um den „Basis“-Aktivisten Reinhard Thomas) davon, er schreibe derzeit ein Buch mit dem Titel „Worte für Freiheit“, das im Buchladen einmal neben Titeln wie „Celle im Nationalsozialismus“ stehen werde. Zudem schwadronierte er von den „Eliten“ (einer beliebten Chiffre für „die Juden“), die als „Fratzen der Macht“ der „vielköpfigen Hydra gleichen, die man Herakles gleich enthaupten“ müsse – nur notdürftig verklausulierte antisemitische Hetze.

Statt sich von solchen belegbaren Positionen zu distanzieren, behaupten die Vertreter:innen von Celle steht auf, Antisemitismusvorwürfe seien aus der Luft gegriffen und sie würden ungerechtfertigt in die rechte Ecke gestellt. Und dann beklagen sie, sie würden ausgegrenzt und die Gesellschaft sei gespalten.

Das ist ein Agitationsmuster, das wir von der AfD kennen: Erst werden ganz bewusst Tabus gebrochen, ganz häufig, indem der Holocaust verharmlost wird, um sich dann nach berechtigter Kritik als Opfer angeblicher Ausgrenzung zu inszenieren. Um es ganz deutlich zu sagen: Spalter sind diejenigen, die mit bewussten Tabubrüchen den demokratischen Diskurs verlassen – und nicht diejenigen, die darauf aufmerksam machen.

Sicherlich sind bei weitem nicht alle, die NS-Gleichsetzungen und Verschwörungslegenden verbreiten, Rechtsextremisten oder Neonazis. Das zu behaupten wäre erstens falsch und würde es uns zweitens zu einfach machen. Tatsächlich kamen etliche Hassmails, die uns in Buchenwald erreichten, von Menschen aus einem esoterisch-anthroposophischen Milieu, Leuten, die jeden Verdacht zurückweisen würden, sie hätten etwas mit Neonazis zu tun.

Man muss aber deutlich festhalten: Wer Corona-Schutzmaßnahmen mit den NS-Verbrechen gleichsetzt,

verharmlost den Holocaust. Und wer das macht oder wer antisemitische Verschwörungslegenden verbreitet, spielt den Rechtsextremisten in die Hände – und damit auch Leuten wie Björn Höcke, die den angeblichen „Schuld-kult“ geißeln und sich eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ wünschen. Nicht umsonst mischen AfD-Politiker bei den Corona-Protesten mit, und nicht umsonst betätigen sich Neonazis (NPD, Dritter Weg) als Strippenzieher in Gruppen wie den Freien Sachsen, im Internet befeuert von „alternativen Medien“, die systematisch Desinformation betreiben.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. An diesen Grundpfeiler legen diese Leute die Axt an. Mit Holocaust-Verharmlosung und antisemitischen Verschwörungslegenden versuchen sie gezielt, die liberale Demokratie und die offene Gesellschaft zu bekämpfen. Welche Folgen solche Verschwörungserzählungen haben, zeigen nicht zuletzt die Mordanschläge von Halle und Hanau.

Diese Entwicklung erfüllt mich mit großer Sorge. Die Corona-Proteste sind gewissermaßen die Einstiegsdroge in eine Szene, die für Sachargumente, wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung und demokratischen Diskurs nicht mehr zugänglich ist. Heute sind es die Corona-Schutzmaßnahmen, gegen die sich die Szene im Widerstand wähnt, morgen ist es die sogenannte Klimalüge oder es sind, wie schon nach 2015, wieder die Geflüchteten und der angebliche Bevölkerungsaustausch, gegen den zu Felde gezogen wird.

Worauf ich hinaus möchte: Das demokratische Fundament unserer freiheitlichen, offenen Gesellschaft erodiert. Ich will nicht alarmistisch klingen. Noch steht die große Mehrheit der Bevölkerung zum Rechtsstaat. Die „Spaziergänger“ und Corona-Kritiker sind eine Minderheit. Das kann sich aber, wenn wir ihnen nicht laut und deutlich widersprechen, schnell ändern. Die Entwicklung in Ländern wie Brasilien oder USA zeigt, wie schnell sich die Menschen hinter Leuten wie Trump und Bolonaro versammeln können, notorischen Demagogen, die den demokratischen Austausch von Sachargumenten durch Hetze und offenkundige Lügen ersetzt haben.

Einer solchen Entwicklung müssen wir uns offensiv entgegenstellen. Mit denen, die noch nicht weggekippt sind, müssen wir das Gespräch suchen. Denen aber, die Antisemitismus, Hass und Geschichtsrevisionismus verbreiten, denen, die – gewissermaßen sektengleich – den Austausch von Sachargumenten durch evidenzbefreiten Verschwörungsglauben ersetzt haben, denen sollten wir eine klare Absage erteilen: Schützen wir in der Pandemie nicht nur uns und andere, sondern auch unsere demokratische, offene, freie und solidarische Gesellschaftsordnung.

Nein zum Krieg – in der Ukraine und anderswo!

Wir, die „FRIEDENSAKTION SÜDHEIDE“, mit friedensbewegten Menschen aus Hamburg, dem Wendland und dem Oberen Örtzetal, laden dazu ein, am Ostersamstag ab 11 Uhr gegen Rüstung und Waffengewalt zu protestieren und für zivile Konfliktlösungen einzutreten. Der Krieg in der Ukraine und das fortgesetzte Drehen an der Gewaltspirale motivieren uns gerade jetzt.

Die gegenwärtige Situation in Europa und der Welt muss jedem die Sprache verschlagen. Wir verurteilen den russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar ohne Wenn und Aber. Doch statt einer umfassenden Aufforderung ‚Die Waffen nieder!‘ werden Waffen in das Kriegsgebiet geliefert. Statt der Aufforderung ‚Alle an einen Tisch!‘ wird auf Gegengewalt gesetzt. Die zusätzlichen 100 Mrd. € für die Bundeswehr halten wir für einen falschen Weg. Mehr Waffen bedeuten keinesfalls mehr Sicherheit. Aufrüstung und massives militärisches Drohpotenzial sind vielmehr eine unmittelbare Gefahr auch für Deutschland, für Europa und die ganze Menschheit, angesichts der vorhandenen Atomwaffen und der drohenden Eskalation des Konflikts bis hin zu einem Weltkrieg.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die Welt wieder eingeteilt wird in die Guten und die Bösen und dass die Vorgeschichte einer gewaltsamen Auseinandersetzung ausgeblendet wird.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass alle positiven Ansätze der Politik und der Zivilgesellschaft jetzt über Bord geworfen werden: ‚Vorrang für Zivil!‘, gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Rüstungsexportstopp, zivile Konfliktlösung, Soziale Verteidigung.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die Rüstungsindustrie Milliarden an Tod und Zerstörung verdient, statt auf Konversion zu setzen und für das Leben zu produzieren.

Deshalb rufen wir in diesem Jahr zu einer großen Osteraktion in Unterlüß auf. Es wird drei Veranstaltungen geben: Wir beginnen um 11 Uhr mit einer Friedensandacht im Bürgerpark; Vertreter*innen aus den Kirchen im Oberen Örtzetal und von pax christi werden sie gestalten. Dann folgt ein Friedensmarsch auf der Müdener Straße bis zum Rüstungsbetrieb Rheinmetall. Zum Abschluss wird eine friedliche Kundgebung vor dem Haupteingang der Firma darauf aufmerksam machen, dass Rheinmetall Kriegswaffen für die ganze Welt produziert. Krieg beginnt hier.

Macht mit! Jeder um den Frieden besorgte Mensch kann sich aussuchen, in welcher Form eine Beteiligung für ihn sinnvoll und möglich ist.

- Nein zum Krieg – in der Ukraine und anderswo!
- Keine Waffen in Kriegsgebiete!
- Für Verständigung und eine europäische Sicherheitsarchitektur!

Kontakt:

Hans-Dietrich Springhorn, Müden/Örtze, 0171 5693734

Hannah Rose (ELM Hermannsburg), 05052 69-285

Jochen Neumann (KURVE Wustrow), info@kurve-wustrow.org

Veronika Hüning (pax christi, DV Hildesheim), Hue-ning53@aol.com

Eine gemeinsame Abfahrt vom Bhf Celle aus wäre möglich: 10.08 Uhr bzw. 11.08 (ohne Andacht); Rückfahrt: 13.30



Militarisierung ist keine Solidarität

Der Angriffskrieg des russischen Staates auf die Ukraine ist eine Katastrophe – für die Menschen in der Ukraine, die vor den Kampfhandlungen fliehen müssen, noch mehr für diejenigen, die aufgrund von Hautfarbe und Herkunft nur Flüchtende zweiter Klasse sind. Er ist eine Katastrophe für die ukrainischen Männer im sogenannten wehrfähigen Alter, die zwangsrekrutiert und in den Krieg geschickt werden und sich dem widersetzen; für viele Frauen und Kinder, die nun Gewalt, Zwangsprostitution und Rechtlosigkeit ausgesetzt sein werden; für Friedensaktivist:innen in Russland, die gegen Putins Krieg auf die Straße gehen und massenweise inhaftiert werden. Ihnen allen gehört unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

Zum Wesen der Katastrophe gehört, dass sie einschneidende Folgen mit sich bringt. Zwei aktuelle Ereignisse stehen dafür exemplarisch: In Berlin gehen 500.000 Menschen gegen den Krieg auf die Straße – so viele wie seit fast 20 Jahren nicht mehr. Und gleichzeitig beschließt die Ampel-Regierung am gleichen Ort das größte Aufrüstungsvorhaben seit 1945.

Alles, was bisher umstritten schien, wird nun genehmigt und finanziert: von der Drohnenbewaffnung bis zum 2%-NATO-Aufrüstungsziel. Die Bundeswehr bekommt zusätzlich 100 Milliarden Euro. Ein Großteil davon wird in Rüstungsprojekte gesteckt, die nun laut Regierungssprech „oberste Priorität genießen“, was nichts anderes heißt, als dass diese Vorhaben nicht mehr verhandelbar sind. So fühlt sich schon wenige Tage nach Kriegsbeginn der Rüstungskonzern Rheinmetall eingeladen, ein 42-Milliarden-Angebot an die Bundesregierung zu unterbreiten für Munition, Militärfahrzeuge und -helikopter. Krieg ist ein profitables Geschäft.

Das wahre Ausmaß der Folgen können wir noch gar nicht abschätzen. Allerdings scheint uns klar zu sein, dass die Zeitenwende, von der Bundeskanzler Scholz spricht, genau das meint: Die Logik von Aufrüstung, Abschreckung und Krieg steht ab jetzt wieder im Zentrum

deutscher Außenpolitik und wird sie in Zukunft wesentlich mitbestimmen.

Das Verhängnisvolle der Situation besteht darin, dass jeder weitere Eskalationsschritt der einen Seite, den nächsten Eskalationsschritt der anderen Seite legitimiert und begründet. Das ist Putins Krieg. Daran besteht kein Zweifel. Und gleichzeitig wissen wir, dass die aktuelle Situation ein Produkt von fast 20 Jahren intensiven Ringens um Einflussphären in Osteuropa ist, aus dem die NATO-Osterweiterung genauso wenig wegzudenken ist wie das unter Beteiligung von Nationalist:innen und Rechtsradikalen damals an die Macht gekommene Post-Maidan-Regime Petro Poroschenkos.

Für uns sind in der aktuellen Situation drei Punkte wichtig.

Erstens: Wir stehen für die internationale Solidarität zwischen allen Völkern und Unterdrückten. Wir sind nicht Teil dieses Systems der gegenseitigen Legitimation von Kriegshandlungen und Aufrüstung und wir haben auch in Zukunft nicht vor, das zu ändern.

Zweitens: Die Frage, wie wir uns in Zukunft zu den Friedensdemos verhalten werden. Einerseits sind wir froh und hoffnungsvoll, dass es diese Mobilisierungen gibt und gleichzeitig wissen wir nicht, worauf sie hinauslaufen. Werden sie zu einer Jubel- und Legitimationsmasse, um eine starke NATO-Antwort und Waffenlieferungen an die Ukraine zu fordern und zu beklatschen? Werden sie zu Orten von Nationalismus und Konfrontation oder öffnen sich darin die Zwischenräume, ohne die eine Antikriegsbewegung in Zeiten der Regression nicht überleben können? Welchen Einfluss haben wir darauf, damit sich die Proteste klar gegen die Aufrüstung Deutschlands wenden? Unsere Position ist jedenfalls un-zweideutig: Militarisierung ist keine Solidarität.

Und drittens: Auch wenn die Zeiten unberechenbarer werden, wir viele Fragen haben und nicht wissen, wie sich die Dinge entwickeln, halten wir dennoch an unserer

Praxis fest: Wir werden die deutsche Rüstungsindustrie und ihre Produktionsstandorte angreifen. Wir leisten Widerstand gegen die Aufrüstung der Armeen und planen Aktionstage für den Sommer.

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>
Rheinmetall entwaffnen,
3. März 2022



Moral, Macht und Geschäft im Ukraine-Krieg

Russland überfällt die Ukraine, und die Wirtschaftsmacht Deutschland droht der Militärmacht Russland kein Erdgas mehr abzunehmen und dieses durch flüssiges Erdgas (LNG) aus anderen Ländern zu ersetzen. Das ist Rhetorik, in Wirklichkeit hoffen alle auf ein schnelles Kriegsende und erstmal weiteren Erdgasfluss aus Russland. Das Problem mit LNG ist nämlich, dass unter Einsatz von 400 LNG-Tankern zu Beginn des Kriegs das LNG-Angebot die Nachfrage gerade so abdeckte, da in den letzten Jahren vor allem die Nachfrage aus Asien sehr stark angestiegen war. Mehr als die Hälfte des weltweit produzierten LNGs geht nach Japan, China und Indien (wegen der geringeren Transportkosten bevorzugt aus Australien). Katar und Australien sind mit jeweils 22% größte LNG-Produzenten. Algerien mit 3% und Norwegen mit 1% sind nahezu vernachlässigbar. Und die USA brauchen ihr schmutziges Fracking Gas derzeit vorrangig selbst. Iran wäre zwar in merklichem Maßstab lieferfähig, darf aber wegen Sanktionen nicht liefern. Das heißt, falls das russische Erdgas ausfällt oder ersetzt werden soll, wird die ca. nächsten 2 Jahre – bis weitere Erzeugungs- und Transportkapazitäten ausgebaut sind – nicht genug LNG weltweit zur Verfügung stehen. In Deutschland gibt es zurzeit kein LNG-Terminal, aber in Europa ca. 30, die an Erdgasfernleitungen angeschlossen sind. Diese waren vor dem Ukraine-Krieg nur zu ca. 65% ausgelastet. Wenn es Deutschland schafft, das dort importierte Erdgas wegzukaufen, könnte zumindest ein Erdgasmangel in Deutschland kurzfristig überbrückt werden. Theoretisch könnte das reiche Deutschland also tatsächlich das knappe LNG seinen Europäischen Nachbarn und den bisherigen Hauptabnehmern in Asien am Weltmarkt wegkaufen. Doch praktisch wäre es wohl mit der vielgepriesenen Europäischen Solidarität vorbei, die lieben westlichen Nachbarn würden ihre Gasleitungen nach Deutschland dicht machen und das Erdgas lieber selbst verwenden. Deshalb plant die Bundesregierung ja auch in realistischer Einschätzung brüderlicher EUNachbarschaftshilfe den schnellen Zubau eigener LNG-Terminals. Selbst wenn es nicht sofort aber längerfristig mit LNG statt russischem Erdgas klappen sollte, dann nur zu extremen Preisen. LNG war vor dem Ukraine-Krieg mindestens 25% teurer als russisches Erdgas und würde, wenn das russische Gas vom Weltmarkt ist, ein Vielfaches kosten. Geld was dann anderswo fehlen wird, z.B. für eine schnelle Energiewende aber auch für Soziales. Die Wirtschaftspresse titelt jedenfalls ganz kriegsbegeistert „Jetzt auf die Gewinner beim Flüssiggas setzen“, „Flüssiggas pumpt ihr Aktiendepot auf“.

Waffengeschäfte statt echtem Boykott

Sehr wahrscheinlich hätten bei einem sofortigen wirtschaftlichen Totalboykott gegen Russland, seine Wirt-

schaftsfreunde Putin gestoppt. Zumal beim russischen Militär in der Erkenntnis wie leicht ihre Panzer abgeschossen werden, die Kriegsbegeisterung schnell abgeflaut war. Doch was machen die Verfechter von Freiheit und Demokratie, sie sperren formal den Zahlungsverkehr über SWIFT, aber der direkte Zugang zur Moskauer Staatsbank bleibt offen, so dass weiter das Geld für Erdöl und Erdgas, täglich 660 Mio. Euro, nach Russland fließt. Statt echtem Boykott liefert man lieber Waffen und beschließt innerhalb von zwei Tagen einen 100 Mrd. Sonderfond zur Aufrüstung der Bundeswehr. Nur 24 Stunden später hatte die Bundesregierung das Angebot von Rheinmetall und Partnern über hunderte neue Panzerfahrzeuge auf dem Tisch. Ein Supergeschäft, da Rheinmetall nicht nur die Pumas liefert, sondern auch die Sprengköpfe und Treibladungen für die Raketen, mit denen die Panzer wieder abgeschossen werden. Die Aktien für Rheinmetall, Air Bus Defense und Co. gehen durch die Decke und Wirtschaftsdienste und Broker empfehlen „Rüstungsaktien: Kaufen, bevor die Kanonen donnern“, „Keine Angst vor Rüstungsaktien“ oder „In Rüstungsfirmen investieren“. Warum fällt da einem John Heartfield ein, der 1932 in Vorhersehung des 2. Weltkriegs titelte „Krieg und Leichen, die Hoffnung der Reichen“?



Geschäftskompatible Moral

Der Krieg in der Ukraine wird emotional-moralisch diskutiert, obwohl seine Ursachen nicht der Kampf des Bösen gegen das Gute, sondern Wirtschaftsinteressen und Machtpolitik sind. Dass es sich bei der Ukraine um keine „lupenreine Demokratie“ handelt, konnte man schon vor Monaten im Wirtschaftsteil jeder seriösen Zeitungen nachlesen. Die ukrainische Wirtschaft (wird ähnlich wie in Russland) von wenigen Oligarchen beherrscht, „Wildwestmethoden ... korrupte Staatsanwälte und Richter konnte man z. B. noch am 27. Dezember 2021 in der SZ lesen. Als der Präsident der Ukraine Selenskyj eines der größten PV-Felder Europas (ca. 250 MW) stilllegen ließ, weil der Oligarch Kolomoiskij, der

Selenskyjs Wahlkampf gesponsert hatte, lieber seinen Kohlestrom verkaufen wollte. Doch dank des Schurken Putin wurde aus der Oligarchen-Marionette Selenskyj inzwischen eine Lichtgestalt der Demokratie. Vielleicht werden also Deutschland und die EU in Zukunft, statt Pipeline-Erdgas aus dem Schurkenstaat Russland, LNG aus den Schurkenstaaten Katar und Iran beziehen. Und damit die Unterstützung islamischer Radikalisten durch Katar finanzieren. So wie wir durch unseren Erdöl-Bezug früher den „Schurken“ Gaddafi finanzierten und heute die Kriege der dortigen Warlords. Ob Osama Bin Laden, der von den USA aufgebaut und finanziert wurde, als er gegen die Sowjetunion kämpfte, ob Saddam Hussein der von den USA unterstützt wurde, als er gegen den Iran Krieg führte, Schurken werden erst zu Schurken, wenn sie den Machtansprüchen und/oder Geschäftsinteressen der „freien Welt“ in die Quere kommen. Dass Putin ein Irrer sein muss, kann jeder „normale“ Mensch schon daran erkennen, dass es ihm nur (!) um Macht geht und nicht ums Geschäft. Dass dies Anlass sein muss zu moralischer Empörung ist selbstverständlich, gibt es doch die Toten dieses Mal nicht mehr in sicherer Entfernung zu uns im „friedlichen“ Europa. Und statt die Ukraine-Flüchtlinge an den Außengrenzen der EU verhungern, erfrieren oder ertrinken zu lassen, lassen wir sie jetzt gerne rein, schließlich sind sie weiß und blauäugig.

Schuld sind angeblich Pazifisten und Weltverbesserer

Schuld am Ukraine Krieg sind die Pazifisten und Weltverbesserer der 68er Generation, verkündet ganz frech der Black-Rock-Hampelmann Friedrich Merz im Bundestag. Wieder einmal stehen alle Friedensfreunde vor einer Situation, die Ergebnis der von ihnen nicht zu verantwortenden Versäumnisse der Vergangenheit ist. Statt seit 2001 (damals wurde der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen) zügig die erneuerbaren Energien auszubauen, wurde durch den Bezug von Erdgas, Erdöl und Kohle die Aufrüstung Russlands finanziert. Es ist deshalb falsch, irgendeiner der derzeit angestrebten Notmaßnahmen zu zustimmen oder gar welche vorzuschlagen, sei es der Verlängerung von Kohlekraftwerk- oder AKW-Laufzeiten oder der militärischen Aufrüstung. Das macht die Politik auch ohne die Zustimmung der Friedensfreunde und Klimaschützer. Sondern wir müssen stattdessen verstärkt fordern, ganz kurzfristig und beschleunigt die Energiewende voranzutreiben. Wie wäre es zum Beispiel mit einem eine Billion Euro Sonderfond Erneuerbare Energien. Und ganz polemisch gesagt, wenn nach 3 Grad plus weltweit 2,4 Mrd. Menschen ihre Wohnorte wegen Unbewohnbarkeit bzw. Zusammenbruch der örtlichen Wasserversorgung und des Lebensmittelbaus verlieren, dann werden sich unsere Kinder und Enkel mit diesen Klima-Migranten im Streit um die letzten Ressourcen totschlagen. Und dann wird es letztlich egal sein, ob das in aller demokratischer Freiheit oder unter Federführung von totalitären Regimes geschieht.



Merkwürdigkeiten der Aufrüstungsdebatte

[...] Vermeintlich um die Bündnisverteidigung sicherstellen zu können, soll künftig alleine die Bundesrepublik mehr Geld für Militär und Rüstung ausgeben, als der vermeintlich einzige potentielle Angreifer, Russland, dessen Rüstungshaushalt in den vergangenen zehn Jahren ohne klare Tendenz zwischen 56 Mrd. und 73 Mrd. Euro fluktuierte. Erklären lässt sich dies nur in Teilen durch die Erweiterung des Bündnisses. Natürlich wird – streng im militärischen Narrativ gedacht – der Ressourcenbedarf insgesamt größer, wenn sich die Fläche des zu verteidigenden Gebiets erhöht und dies gilt umso mehr, wenn man Staaten mit geringeren Ressourcen aufnimmt, die auch noch unmittelbar an den potentiellen Feind grenzen. Dass allerdings bereits 2020 die Rüstungsausgaben alleine der EU-Staaten in der NATO insgesamt 198 Mrd. Euro betragen und damit gut das Dreifache Russlands, lässt sich auch damit nicht rechtfertigen. Dazu kommen dann noch einmal 700 Mrd. Euro alleine aus dem US-Rüstungshaushalt. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage, man stehe „mehr oder weniger blank da“, im Grunde ebenso absurd, wie deren weitgehend unhinterfragte Rezeption im medialen und politischen Diskurs.

Der unglaubliche Ressourcenbedarf der NATO lässt sich letztlich auch nicht damit erklären, dass sich weder das Bündnis, noch dessen Mitgliedsstaaten tatsächlich auf die Landes- und Bündnisverteidigung beschränken. Beispiele sind der NATO-Angriffskrieg 1999 gegen Rest-Jugoslawien, der desaströse Libyen-Einsatz und das zwei Jahrzehnte währende Desaster in Afghanistan. Jenseits des Bündnisses kommen Interventionen der Mitgliedsstaaten im Irak, verschiedenen afrikanischen Staaten und auch Syrien hinzu. Die Grenzen sind allerdings fließend. Während die Türkei (und andere NATO-Staaten) im syrischen Bürgerkrieg mit dem offenen Ziel eines Regimewechsels aufständische Gruppen unterstützten, verlegte Deutschland auf Grundlage eines NATO-Beschlusses Flugabwehrraketen in die Türkei, um mögliche Vergeltungsangriffe aus Syrien abzuschrecken. Heute hält die Türkei Teile des syrischen Staatsgebietes besetzt. [...]

Christoph Marischka, IMI-Standpunkt 2022/012

Das Ministerium für die Zukunft

Climate Fiction wird heute ein Genre genannt, das sich literarisch auseinandersetzt mit den Auswirkungen der Klimakatastrophe. Der US-amerikanische Autor Kim Stanley Robinson hat mit „Das Ministerium für die Zukunft“ eine Art Entwicklungsroman geschrieben, der – es sei verraten – aus dystopischen Szenarien einen vielschichtigen Übergang zu einer fast utopischen Welt ausmalt.

Literarisch ist es leider nur ein auf 720 Seiten aufgepimpfter Groschenroman. Trotzdem kann er zu Perspektivverweiterungen beitragen. Aber dazu später.

Was erwartet die Leser:innen an der Oberfläche? Die Rahmenhandlung führt uns in das titelgebende „Ministerium für die Zukunft“, das 2025 von der UN gegründet, seinen Sitz in Zürich hat und sich um die Rechte künftiger Generationen kümmern soll – und das heißt vor allem: Erderwärmung und Artensterben aufhalten.

Wir dürfen für die folgenden 25 Jahre die Leiterin, Mary Murphy, bei ihrer Arbeit und der ihres Teams begleiten. Dabei gehört etwa die Umgestaltung der Finanzwirtschaft von einer Wachstumstreiberin hin zu einer Unterstützerin von CO₂-mindernden bzw. CO₂-negativen Investitionen (wobei letztlich die VR China zum wichtigen Faktor wird).

Neben dieser Rahmenhandlung, zu der auch Murphys freundschaftliche Beziehung zu einem Überlebenden der ersten großen Hitzekatastrophe in Indien gehört, führt uns der Autor an unterschiedliche Schauplätze: Geo-Engineering, Öko-Terrorismus, Graswurzelbewegungen, Projekte gegen das Artensterben und und und.

Deutsche Leser:innen könnte dabei überraschen, dass die immerhin ökonomisch stärkste Macht in Europa – auch entgegen unserer Selbst-Suggestion als „Vorreiter“ – bei Robinson praktisch nicht vorkommt. Wesentliche Impulse für den Wandel werden anderswo gesetzt: in Indien, China, Kalifornien und auf dem afrikanischen Kontinent. Die von deutschen Klimaschutz-Aktivist:innen manchmal vertretene These, gerade auf ein Hochtechnologie-Länder käme es entscheiden an, wird so relativiert.

Dass es am Ende „klappt“, ist dagegen unterschiedlichsten Faktoren zuzuschreiben, die aber doch einen gemeinsamen Kern haben – und auch das kann ein Anstoß zum Nachdenken sein: Es geht nur, indem die Ungleichheit radikal bekämpft wird – und das nicht nur abstrakt, sondern auch in persona der Träger dieses Reichtums (und der damit verbundenen Macht).

Kim Stanley Robinson: Das Ministerium für die Zukunft. Heyne Verlag 2021, 720 Seiten, ISBN 978-3-453-32170-0, 17 Euro



Der neue Roman des aus Celle stammenden Autors Mischa Kopmann

Haus in Flammen

Wir rasen immer schneller auf die Klimakatastrophe zu. So sehen es auch die Hauptfiguren dieser Geschichte. Lias erzählt uns von seiner Liebe zu Yvette und seiner Freundschaft zu Daniel Minnick, kurz Minnick genannt. Die Drei wollen nicht tatenlos zusehen, wie alles den Bach runtergeht. Sie nennen sich DLB - Dead Loss Brigade - und führen immer spektakulärere Aktionen durch, um auf die allgegenwärtigen ökologischen Mißstände hinzuweisen. Es finden sich immer mehr Anhänger und nicht zuletzt auch die Medien werden aufmerksam.

Der charismatische, wortgewandte Minnick übernimmt dabei eine immer stärker werdende Führungsrolle, während Lias mit Skrupeln zu kämpfen hat. Schließlich stellt Yvette die "Sache" über ihre Gefühle zu Lias und wendet sich mehr und mehr Minnick zu.

Dem Autor gelingt es mit großem sprachlichen Geschick die Erzählung im Fluß zu halten und die Dynamik aus persönlicher Gefühlswelt und Engagement für eine Überzeugung zu verknüpfen. Über allem steht die Frage "Wie weit bist du bereit zu gehen?" und zeigt dabei auf, welche Triebfeder die Liebe sein kann.

Ein Roman für die Anhänger von "Fridays for Future" aber auch weit darüber hinaus. Spannend! Bewegend!

H. B.

Mischa Kopmann: Haus in Flammen. Roman. Osburg Verlag 2022, ISBN: 978-3-95510-274-6, 20 €

Konsumideologie

Die älteren Leser:innen werden sich erinnern, dass „Konsum“ sich mal mit „Terror“ zu einem Kompositum verband und daraus die Haltung der „Konsumverweigerung“ entstand. War dann alles nicht so ernst gemeint, hatte aber einen theoretischen Hintergrund. Der marxistische Philosoph Herbert Marcuse vertrat – hier mal etwas verkürzt – die Auffassung, dass das ungeheure Warenangebot im Spätkapitalismus eine freiwillige Unterwerfung der Massen hervorbringe. Das leuchtete der „linken“ Jugend ein, obwohl es dann doch eine ganz bestimmte Jeans-Marke sein musste. Unter dem „Konsumverzicht“ litt also im wesentlichen und nur für kurze Zeit die Innung der Herrenfrisöre.

Der in Wien lebende Politikwissenschaftler und Journalist Johannes Greß aktualisiert in seinem Buch „Konsumideologie“ Marcuse mit ideologietheoretischen Überlegungen von Ernesto Laclau und Slavoj Žižek.

Während Marcuse noch davon ausging, die Massen wüssten nicht um die Destruktivität ihrer Produktions- und Lebensweise („falsches Bewußtsein“), wissen „wir“ heute sehr wohl um die Folgen, handeln aber trotzdem anders. Schon vor 10 Jahren wies uns die Band Deichkind mal auf das hin, was die Sozialpsychologie „Attitude Behaviour Gap“ nennt: „*Kleine Kinderhände nähren schöne Schuhe / Meine neuen Sneakers sind leider geil.*“ Eine „richtige“ Haltung führt nicht zwangsläufig zu entsprechendem Handeln.



Ginge es wirklich nur um Schuhe, wäre in den früh-industrialisierten Ländern ein Sättigungsgrad schnell erreicht. Um die Warenproduktion am Laufen zu halten, wird deshalb die immaterielle Dimension der Konsumobjekte immer wichtiger. Es geht um die Erzeugung „künstlicher“ Bedürfnisse. Greß liefert hierzu eine Reihe anschaulicher Beispiele wie etwa die Koppelung von Autofahren mit „Freiheit“. Darüber beziehen die Konsument:innen eine partielle Befriedigung, was neben der Mehrwert-„Produktion“ eben auch zur Stabilisierung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse beiträgt.

Bezüglich der ökologischen Krise tritt gerade ein weiterer Aspekt hinzu: Konsum als Beitrag zum Umweltschutz – z.B. der Kauf eines E-Autos. (Dass das mit der erforderlichen Verkehrswende nur wenig zu tun hat, müssen wir unseren Leser:innen nicht erklären.) Es wird suggeriert, die Ausdehnung konsumatorischer Praxen und nachhaltiger Bearbeitung der ökologischen Krise könnten widerspruchsfrei erfolgen. Der „Grüne Kapitalismus“ sorgt also dafür, dass bestehende Konsum- und Produktionsnormen unangetastet bleiben.

Dazu kommt eine entpolitisierende Funktion: Einerseits wird eine irgendwie nachhaltige Lebensweise in die Eigenverantwortung der Konsument:innen gelegt, andererseits der Anschein erweckt, kosmetische Eingriffe im Bereich des Konsums (und nicht der Produktion) würden zur Bearbeitung der Krise ausreichen. Diese Verlagerung der Probleme von einer systemischen auf eine individuelle Ebene verschleiert den politischen Charakter von Gesellschaft.

Was also tun? Merkwürdigerweise diskutiert Johannes Greß nicht Marcuses „Große Weigerung“, also nicht-integrierbare Lebensformen, sondern bezieht sich auf die Risse im System, die mit der ökologischen Krise wieder sichtbar werden: Jede Infragestellung kapitalistischen Wachstums könne mittelbar zu einer Infragestellung kapitalistischer Herrschaft werden. Die an unterschiedlichen Punkten entstehenden Kämpfe müssten einhergehen mit der Ausformulierung eines neuen Wohlstandsverständnisses, das dem qualitativen den Vorrang vor quantitativem Wachstum gewährt. Die Vorstellung von einem guten Leben sei nicht vereinbar mit einer auf Klassenherrschaft und Kapitalakkumulation basierenden Produktionsweise.

Sicherlich zu Recht meint Greß, dass der Bio-Supermarkt nicht der Ort radikaler In-Frage-Stellung ist, aber: Wer mit der imperialen Lebensweise brechen will, tut trotzdem gut daran, die eigenen Alltagspraxen kritisch zu hinterfragen. Anders gesagt: Wer sich damit hinsichtlich der Wirkmacht nicht selbst belügt, sollte das eigene Konsum-Handeln (also z.B. hinsichtlich Mobilität, Ernährung usw.) mit gewonnenen Erkenntnissen möglichst in Übereinstimmung bringen. Was dann ja nicht daran hindert, sich an Protesten gegen Straßenneubau oder Mastställe zu beteiligen.

„Konsumideologie“ ist angesichts der poststrukturalistischen Grundlage nicht immer einfach zu lesen, aber bei der Spurensuche nach dem Ideologischen oft erhellend.

Greß, Johannes: Konsumideologie. Kapitalismus und Opposition in Zeiten der Klimakrise, 168 Seiten, ISBN 3-89657-037-4, 16,80 EUR

Da draußen gibt es ein davor, - und auch irgendein danach?

Kunst & Kultur in Krieg & Krise

Sind dies Zeiten für einen Besuch von Kino, Konzert und Theater ?

Viele Kulturmenschen meinen: Ja, erst recht!

Wie in unserm Städtchen etwa die CD-Kaserne mit einem Soli-Konzertabend, die Band Pour L'Amour zur Weihnachtspandemie, wie es auch so viele bedachte Worte vor Konzerten z.B. in der Stadtkirche zeigen, finden verantwortliche Menschen schnell den richtigen Ton, die passenden Worte und die Leute im Publikum sind oftmals dankbar dafür; so gelang es im Schlosstheater Celle Marius Leonard (als Cleante) im Anschluss an eine Moliere-Vorstellung, die Gäste einzuladen `trauen Sie sich, einmal abzuschalten, Eskapismus darf auch mal sein`. Und das Celler Theater selbst reagiert spielplanmäßig auf die Krisen Gegenwart und legt kleine Formate auf. Ganz neu **Niemand wartet auf Dich** mit Tanja Kübler im Malersaal und auch unterwegs - zuletzt auf der Turmbühne unter dem Label *Texte und Töne* ein szenisch-musikalisches Programm zu „His Bobness“. Mit Matthias Schubert, leitender Dramaturg des Hauses, und Stephan Bruhn, ehemaliger Verwaltungschef sind es die Nicht-Profis, die einen kurzweiligen **Dylan-Abend** präsentieren. Eine gescheite Text- und Songauswahl und ein charmanter, subterreaner Vortrag haben den Musik –und Literaturredaktionarios*as viel Freude bereitet. Wie viele Facetten im Schaffen des meistdekorierten Menschen der Kunstwelt und welche Ausstrahlung in das Sein aller Kreativen wurden hier sichtbar! Dieser Abend soll wieder aufgenommen werden!



Auf der Hauptbühne läuft bis Ende April **Der eingebildete Kranke**, ein altes Schlachtross der europäischen Bühnenliteratur. Unter der Regie von Ronny Miersch wird die Geschichte des Monsieur Argan in den Verstrickungen der eigenen Einbildung und in den Klauen von Arzt und Apotheker konsequent als Commedia dell'arte-Stück gegeben. Ein kleines Wagnis, denn bis zur Pause ist die hohe Drehzahl in Spiel -und Sprechweise nicht unanstrengend. Werden am Ende die „vernünftigen“ Leute des Haushaltes es schaffen, Herrn Argan (gewohnt souverän Dirk Böther) von seiner Verblendung zu befreien und der Tochter Angélique die Verheiratung mit dem Sohn des Hausarztes ersparen? Mit dem Auftritt des Bruders von Monsieur Argan besinnt das Ensemble sich dann auf das Hauptthema des Abends: ist eine vermeintliche Krankheit eine reale Befindlichkeitsstörung – oder weiter gefasst: wie wissen wir, ob unser Konzept von Wirklichkeit die wahre Wirklichkeit finden kann?

Das eben kann Theater auch: uns unterhaltsam gewis-

sermaßen auf den Hinterkopf zu klopfen!

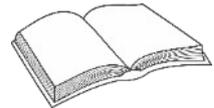
Im leider wieder zu dunkel ausgeleuchteten Bühnenbild (Marc Mahn) leuchtet Verena Saake als saft- und kraftvolle Toinette, bewundernswert spielfreudig. Und wir gehen ein wenig klüger, jedenfalls aber gut unterhalten heim.



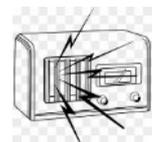
Was können britische Autor*innen, was deutschen Bühnenschreibern oft so schwer zu fallen scheint: beißend-liebevolle Selbstironie! Bis Mitte Mai in der Halle 19 zu sehen ist Samantha Ellis' **How to date a feminist** - Werden Kate und Steve ein Paar? Wie sieht eine gelungene Beziehung heutzutage aus? Welche Hindernisse stellen sich den Beiden mit den Geschichten der Eltern, den gesellschaftlichen Erwartungen aber auch den eigenen Ansprüchen in den Weg? Pia Noll und Phillip Keßel haben eine tour de force bei diesem unterhaltsamen Personalkarussell abzuleisten. Die beiden Akteure reißen im Spiel einander und dann auch das Publikum mit. Ein gescheites, unaufdringliches, spielbares Bühnenbild (Nadine Hempel), eine temporeiche Inszenierung (Alexander von Säbel) – gekonnt und ohne die Figuren zu denunzieren. Blackout- Applaus-Getrappel.



Zum Putin-Krieg eine Anmerkung: 1942, vor achtzig Jahren, war der spätere Nobelpreisträger John Steinbeck als Berichterstatter in Europa. Den Kampf norwegischer Partisanen verarbeitete Steinbeck in der wenig bekannten Novelle **Der Mond ging unter** - zum Thema Okkupation schreibt er dort: „*Freie Menschen beginnen keine Kriege, aber wenn sie kämpfen müssen werden sie siegen; es werden immer die Sklavenarmeen sein, die die Schlachten gewinnen – jedoch die Freien Menschen werden zuletzt den Sieg erringen.*“



Und für diejenigen, die sich in die friedliche „innere Höhle“ zurückziehen wollen: radio Bremen 2 sendet/streamt eine mehrteilige niederdeutsche, aber leichtverständliche Hörspielserie **Seker is seker** um die Versicherungsagentin Jackie Theeßen und deren vertrackte Klient*innen. Bemerkenswert: die Reihe wird wesentlich von Frauen (Regie, Skript, Musik) verantwortet.



Für unsere Welt da draußen gibt es ein davor, - und auch irgendein Danach?

GEPUNKT

„zusammen schrauben“

Verändern Repair-Cafés das Bewußtsein für die Qualität von Produkten?

Die Wanderausstellung „zusammen schrauben“, z.Zt. im Bomann-Museum zu sehen, und zwar im dortigen „Bauernhaus“ (dies hatte Wilhelm Bomann, Gründer des Museums, einbauen lassen, um den Besucher:innen das Leben der Menschen in den Heidedörfern anschaulich darzustellen), informiert beim Betreten zunächst einmal über die Entstehungsgeschichte dieses Projekts, um dann an verschiedenen Stationen zu Themen wie z.B. „Lieblingswerkzeuge“, „Emotionale Beziehungen zu Dingen“ herangeführt zu werden.

Übrigens ein perfekter Ort für diese Ausstellung, waren doch die Bewohner:innen dieser Häuser, in denen sich ihr ganzes Leben abspielte - alle unter einem Dach einschließlich der Tiere - in hohem Maße darauf angewiesen, ihr Werkzeug, die alltäglichen Gebrauchsgegenstände, die landwirtschaftlichen Geräte immer gut in Schuss zu halten, zu reparieren, bei Reparaturen zu improvisieren: Denn hier ging es ums Überleben. - Und kein OBI weit und breit, bei dem sie sich mal eben z.B. eine neue Sense hätten kaufen können.

Es werden immer mehr, die Menschen, die in Zeiten der Massenproduktion und Keine-Zeit-Habens sich mit anderen zusammensetzen, fachsimpeln, defekte Alltagsdinge auseinandernehmen, ihrer Funktionsweise auf den Grund gehen, um sie dann mit diesem Wissen wieder funktionstüchtig zusammensetzen. All das am besten bei Kaffee und Kuchen.

Zusammengetan haben sich für dieses transdisziplinäre Projekt das Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin (ZTG), der Verbund offener Werkstätten e.V. (VOW), der BUND Berlin und das Institut für Sozialinnovation e.V. (Isinova).

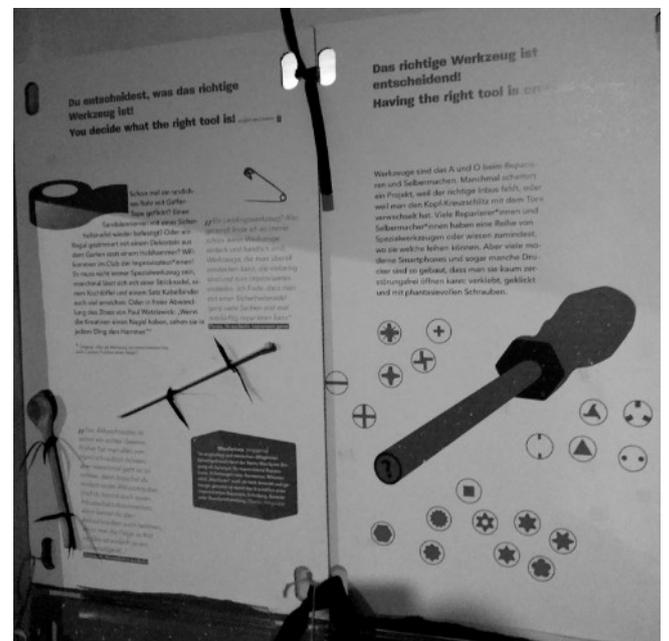
Es soll der Annahme auf den Grund gegangen werden, dass „das in den immer zahlreicher entstehenden Repair-Cafés, offenen Werkstätten und Maker Spaces vorhandene Potential tatsächlich ein verändertes Bewußtsein für die Qualität von Produkten und die Autonomie von Konsument*innen im Produktionsprozess fördert, und ob diese Veränderungen mit der Aneignung von Praktiken des Reparierens und Selbermachens überhaupt eintreten und erfolgreich in den Alltag integriert werden, ist nämlich kaum erforscht.

Da die in der Sozialforschung üblichen Methoden wie Interviews oder Fragebögen schnell an ihre Grenzen stoßen, galt es, eine Methode zu entwickeln, die es den Selbstermacher*innen und Reparierer*innen ermöglicht, über ihre Gefühle und Gedanken, aber auch ihre Routi-

nen und unbewußten Prozesse nachzudenken und sie auszudrücken.“ (aus Texttafel i.d.Ausstellung)

Eine dieser Methoden ist die Entwicklung des „Erzählkoffers“: Er umfasst 16 verschiedene kreative Aufgaben und Denkspiele, die im Alltag durch Schreiben, Malen, Gestalten, Fotografieren und Erzählen bearbeitet werden. Er ist gleich an der ersten Info-Säule zu finden. Einige der Spiele und Aufgaben sind in der Ausstellung aufgebaut und laden zum Mitmachen ein, wie an der Station, an der es um unsere emotionalen Beziehungen zu Dingen geht: Wie nehme ich z.B. Abschied von meiner Lieblingstasse, aus der ich die letzten 35 Jahre täglich getrunken habe und die nun auf dem Fußboden zerschellt ist? Hilft eine Traueranzeige?

Hier steht auch ein Toaster, der einem seine ganze Geschichte erzählt, für wieviel Generationen er schon tätig war, wie weit er in der Welt rumgekommen ist, und überhaupt, wie's ihm so geht.



Und: Wie wichtig ist das richtige Werkzeug?

Zwei Stationen sind Hörstationen: Hier sind Kopfhörer bzw. QR-Codes angebracht, mit denen sich die Texte und kleine Geschichten von Teilnehmer:innen direkt vor Ort auf das Smartphone herunterladen und anhören lassen (hier ein Beispiel: <https://www.sujet.de/index.php/zusammenschrauben-ton-3.html>).

Besonders gut ist es den Ausstellungsmachern gelungen, Kindern und Jugendlichen (aber natürlich auch Erwachsenen) Möglichkeiten zu bieten, sich aktiv zu beteiligen und vor allem, in mancherlei Hinsicht auch was über sich selbst zu erfahren.

Also, nicht von den vielen Texttafeln abschrecken lassen, sondern sich voll hineinbegeben, das Allermeiste erklärt sich von selbst und macht großen Spaß.

Im Bomann-Museum noch bis zum 15. Mai; Eintritt frei am Samstag, den 26. März und 30. April.



Foto: RLS

Meine jüdischen Eltern – meine polnischen Eltern

Eine Ausstellung der Assoziation „Kinder des Holocausts in Polen“ in der Celler Synagoge.

Aus der Shoa wurden im besetzten Polen von annähernd einer Million jüdischer Kinder etwa 5.000 gerettet. Die Polen, die sich eines Kindes annahmen, wurden später oft auch seine Eltern. Im Allgemeinen hielten sie die Adoption geheim, einige enthüllten die Wahrheit vor ihrem Tod, andere nahmen sie mit ins Grab.

Die Kinder wurden von fremden Menschen erzogen, die sie für ihre eigenen Eltern hielten. Viele dieser Kinder suchten oft jahrelang nach Spuren ihrer jüdischen Verwandten, nach Namen und Geburtsdaten. Vielen gelang dies aber nicht. Sie hoffen immer noch.

Die Ausstellung erzählt die Geschichte von 15 Kindern, die in den Jahren zwischen 1939 und 1942 geboren wurden. Sie wurden gerettet dank der grenzenlosen Elternliebe, die sie fremden Händen und dem Mut von Menschen anvertrauen ließ, die sie als eigene Töchter und Söhne ansahen. - Die Ausstellung entstand mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie läuft bis zum 24. Juli 2022.

Eröffnet wird die Ausstellung in der Synagoge am Donnerstag, 5. Mai 2022, 19.00 Uhr, durch Dr. Holger Politt. Er ist Leiter des Regionalbüros Ostmitteleuropa in Warschau der Rosa Luxemburg Stiftung. Er befasst sich insbesondere mit dem polnischen Werk Rosa Luxemburgs. Zuletzt erschien 2020 von ihm das gemeinsam mit dem polnischen Publizisten Krzysztof Pilawski verfasste Buch „Rosa Luxemburg: Spurensuche. Dokumente und Zeugnisse einer jüdischen Familie“ beim VSA-Verlag.

https://moirodzice.org.pl/de_index.php

Die Macht der Bilder Antijüdische Vorurteile und Mythen

Mittelalterliche „Judensau“-Skulpturen und antijüdische Bildmotive, die an und in zahlreichen Kirchen angebracht sind, so auch in der Lutherstadt Wittenberg, haben über die Jahrhunderte mit den durch sie transportierten Vorurteilen die Gedankenwelt durchdrungen und mehr oder weniger bewusst gesellschaftliches Verhalten und Sprache nachhaltig geprägt. Schimpfworte wie „Judenschwein“ oder „Saujude“, die auch heute noch benutzt werden, um Juden, aber auch Nicht-Juden zu attackieren und zu diskreditieren, sind uralte. Sie haben in diesen Skulpturen und Abbildungen zwar nicht ihren Ursprung, sind aber dadurch wesentlich verstärkt worden und wirken bis in unsere unmittelbare Gegenwart.

Es wäre ein fataler Irrtum anzunehmen, man hätte sich in der Moderne vom negativen Judenbild und seinen Darstellungen in Sprache, Kunst und Literatur verabschiedet. Sie sind zu freischwebenden vorurteilsgeladenen Etikettierungen geworden, die sich gegen jedermann richten können, dabei aber immer das innewohnende antijüdische Vorurteil mit sich tragen und befördern. Inzwischen ist diese Erblast nicht nur ein schwelendes Problem, sondern auch ganz konkret ein Diskussionspunkt in öffentlichen Debatten geworden. Neue Strategien zur Eindämmung der Auswirkungen dieses „vergifteten“ Kulturerbes sind nötig.

Vortrag von Prof. Dr. Julius Hans Schoeps (Potsdam) am Donnerstag, 12. Mai 2022, 19.00 Uhr, in der Stadtkirche Celle.

Schoeps ist ein Historiker und Politikwissenschaftler. Er ist Gründungsdirektor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Uni Potsdam und Vorstandsvorsitzender der Moses Mendelssohn Stiftung.

Klima & Gerechtigkeit

Lorenz Gösta Beutin, Kiel

Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung ist laut einer Oxfam-Studie für den Ausstoß von mehr als doppelt so viel klimaschädliche Treibhausgase verantwortlich wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Gleichzeitig leiden unter den Folgen der Erderwärmung vor allem die Ärmsten auf diesem Planeten. Und auch in Deutschland müssen Klimaschutzmaßnahmen mit sozialer Gerechtigkeit zusammengedacht werden, damit sie eine breite Zustimmung erfahren.

Lorenz Gösta Beutin war energie- und klimapolitischer Sprecher in der letzten linken Bundestagsfraktion.

Dienstag, den 19. April, Beginn 18.00

vhs Celle, Trift 20 (Saal), 29221 Celle

Arbeit, Rassismus und Migration

Dr. Peter Birke, Göttingen

Peter Birke hat im Rahmen einer Studie des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen Arbeitsprozesse und Arbeitskämpfe im Online-Versandhandel und in der Fleischindustrie von 2017 bis 2021 beobachtet. In diesen beiden Branchen finden sich Unternehmen wie Amazon oder Danish Crown, in denen fast alle Arbeiter:innen keinen deutschen Pass haben. Ausgehend von den konkreten Tätigkeiten und Handlungsbedingungen der Beschäftigten in den Betrieben analysiert Birke den Zusammenhang zwischen Arbeitsverhältnissen, Rassismus und Kämpfen der Migration.

Peter Birke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen. Seine Studie „Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland“ ist im Januar erschienen.

Dienstag, den 10. Mai, Beginn 18.30

vhs Celle, Trift 20 (Saal), 29221 Celle

Wir Untoten des Kapitals.

Über politische Monster und einen grünen Sozialismus

Dr. Raul Zelik, Berlin

Das Untote scheint sich unserer Gesellschaft zu bemächtigen – "seelenlose Städte", ein Wirtschaftsmodell, das gutes Leben mehr zerstört als ermöglicht, die Rückkehr der faschistischen Monster. Raul Zelik fragt in seinem jüngsten Buch, wie diese Entwicklungen zusammenhängen und wie sie sich stoppen lassen. Bei dieser Suche wendet er sich einer weiteren Untoten zu, die einfach nicht sterben will: der sozialistischen Idee. Denn ohne eine Stärkung des Gemeineigentums, so Zelik, werden weder der ökologische Kollaps noch der drohende Sturz in den Autoritarismus zu verhindern sein. Die vielfältige Krise bedarf eines großen emanzipatorischen Gegenentwurfs.

Dr. Raul Zelik lebt in Berlin und ist Schriftsteller, Übersetzer und Politikwissenschaftler. Sein Buch "Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus" erschien 2020 im suhrkamp Verlag.

Freitag, den 10. Juni, Beginn 18.30

vhs Celle, Trift 20 (Saal), 29221 Celle

Alle drei Veranstaltungen der RLS Niedersachsen finden in Kooperation mit der vhs Celle statt. Die Veranstaltung ist gebührenfrei – Anmeldungen werden erbeten über:

<https://www.vhs-celle.de/>





Kino 8 ½ im April

Do., 31. März, 19.30



The Power Of The Dog

In den 1920er-Jahren bewirtschaften zwei Brüder eine Ranch in Montana. Als der eine sich mit einer Witwe verheiratet, macht sein dominant auftretender Bruder erst dieser und dann ihrem sensiblen Sohn das Leben zur Hölle. Doch dann ändert er plötzlich sein Verhalten und gebärdet sich als Beschützer des Jungen. Der Spätwestern hinterfragt vor der beeindruckenden Kulisse rauer Landschaften das Männlichkeitsbild des Cowboys und wie es von dem sozialen Wandel im 20. Jahrhundert beeinflusst wird. Meisterliche Darsteller erwecken hochkomplexe Figuren in einer Geschichte zum Leben, die genreeigene Vorstellungen von Stärke und Schwäche einer Neuinterpretation unterzieht.

Neuseeland/Australien 2021 | 128 Minuten

Fr., 1. April & Sa., 2. April, jeweils 20.30
und Mi., 6. April, 19.30



Spencer

Ironisch-beklemmende Fantasie über das Weihnachtsfest 1991, das die englische Prinzessin Diana mit der Königsfa-

milie auf Schloss Sandringham verbringen muss. Die seelisch angeschlagene Frau leidet zunehmend an den Erwartungen und Zwängen, denen sie unterworfen ist. Für das daraus resultierende Unglücklichsein findet der Film beklemmende Bilder, die aber auch fantastische Einschübe erlauben. Der Hauptdarstellerin gelingt es, die Mischung aus Verzweiflung und Rebellion mit präziser Gestik und Mimik nachzuempfinden.

GB/Deutschland/Chile/USA 2021 | 117 Minuten

Fr., 8. April & Sa., 9. April, jeweils 20.30
und Mi., 13. April, 19.30



Belfast

Das Leben einer Familie in Belfast während des erneuten Aufflammens des Nordirland-Konflikts im Jahre 1969, umgesetzt als in Schwarz-weiß gedrehtes Historiendrama. Der im Ton heitere Film spart beklemmende Momente nicht aus, verlagert das Geschehen aber ins Private und schildert es konsequent aus der Sicht des 9-jährigen Protagonisten.

Großbritannien 2021 | 99 Minuten

Fr., 15. April & Sa., 16. April, jeweils 20.30
und Mi., 20. April, 19.30

Parallele Mütter

Eine erfolgreiche Fotografin und ein Teenager, die sich ein Zimmer in dem Krankenhaus teilen, in dem sie beide ihr erstes Kind zur Welt bringen, freunden sich miteinander an. Als die Fotografin später herausfindet, dass sie nicht die leibliche Mutter ihres Kindes ist, weil in der Klinik ihr Baby und das der Freundin vertauscht wurden, wird das zur seelischen Zerreißprobe. Ein vorzüglich gespieltes und inszeniertes vielschichtiges Melodram um Mutterschaft in ihren biologischen, sozialen und psychologischen Facetten, festgemacht an der Geschichte einer komplexen Frauenfreundschaft und dem Beziehungsnetzwerk, das beide Frauen prägt. Dabei geht es auch um alte Traumata und verdrängten historischen Ballast, der in die Gegenwart nachwirkt und dem es mit Mut zur Wahrheit zu begegnen gilt.

Spanien 2021 | 123 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalb.de

Termine in und um Celle

Sa., 02. April, 20.00

The Blooze (mit Uli Wißmann)
Kaffeegarten Sülze, Eintritt frei

Do., 07. April, 18.00

Gedenkveranstaltung für den vor zwei Jahren ermordeten Arkan

Beginn: Triftanlagen (Westteil)

Fr., 08. April, 19.00

Jazz Session mit Dima Mondello

Kunst und Bühne, Eintritt frei

Fr., 08. April, 20.00

MTP

Mühlengrund, Wienhausen, AK 19,00

Fr., 08. April, 20.00

Freedom – The Party

CD-Kaserne, 8,00

Sa., 16. April, ab 11.00

Osteraktion in Unterlüß

siehe Seite 18

Sa., 16. April, 20.00

Arno Kühn & Andrzej Barlog
„Hommage an Udo Jürgens“

Kunst und Bühne, 19,00

Do., 21. April, 18.30

Genie-Assistenz

Lesung aus unveröffentlichten Briefen
Alice Schmidts - mit Susanne Fischer

Bomann-Museum, 5,00

Sa., 23. April, 15.00

Kidical Mass – die bunte
Fahrraddemo für die ganze Familie

Start: Stechbahn

So., 24. April, 11.30

Führung: Vom Wert der Kleidung

mit Hilke Langhammer M.A.

Bomann-Museum - Museumseintritt

Sa., 23. April, 20.00

MademoiCelle & Band „Ça swing“

Kunst und Bühne, 19,00

Do., 28. April, 20.00

Autorenlesung: Husch Josten „Eine redliche Lüge“

Kunst und Bühne, 15,00

Do., 28. April, 19.00

Film: 2040 – Wir retten die Welt

BI Flotwedel

Braugasthaus Mühlengrund, Wienhausen, Eintritt frei

Sa., 30. April, 20.00

Lutz König und Heiko Hänsel
„K.I.S. – Keep it Simple“

Kunst und Bühne, 19,00

So., 01. Mai, 20.00

Mama for President

Mühlengrund, Wienhausen, AK 9,50

Fr., 05. Mai, 18.00

Film: Arno Schmidt - Mein Herz gehört dem Kopf

Bomann-Museum, Eintritt frei

Sa., 7. Mai, 20.00

Akio and Band „My Nat King Cole Story“

Kunst und Bühne, 19,00

So., 08. Mai, 11.00

Muttertagsjazz mit den Black Point Jazzmen

Stadtpalais Celle, 15,00

So., 08. Mai, 11.30

Führung: Honig & Licht –
Entwicklung und Bedeutung der
Imkerei in der Lüneburger Heide
mit Karl Thun

Bomann-Museum - Museumseintritt

Fr., 13. Mai, 20.00

Learning to Fly "Storytellers"

Kunst und Bühne, 19,00

Fr., 13. Mai, 20.00

20 Jahre Pour L'Amour - Sabine Roth & Kai Thomsen

CD-Kaserne -Open-Air, ab 26,00

Sa., 14. Mai, 15.00

Jugendjazztag

Kreistagssaal, Eintritt frei

Sa., 14. Mai, 20.00

20 Jahre Pour L'Amour - Sabine Roth & Kai Thomsen und Gäste "Ich würd' dich gerne"

CD-Kaserne -Open-Air, ab 26,00

Do., 15. Mai, 11.30

Führung: Vom Wert der Kleidung

mit Susanne Fischer, Arno Schmidt
Stiftung Bargfeld

Bomann-Museum - Museumseintritt

Mi., 18. Mai, 13.00-18.00

Cargobike-Roadshow

Zwölf unterschiedliche eCargobikes
für die private Nutzung stehen zum
Testen bereit.

18.00 Uhr: Treffen mit Rundfahrt
aller Celler Lastenräder (Organisation
VCD Kreisgruppe Celle)

Großer Plan

Do., 19. Mai, 17.00

Ratssitzung

Exerzierhalle (und Rats TV)

Do., 19. Mai, 19.00

Vortrag – Energie in Bürgerhand

BI Flotwedel

Braugasthaus Mühlengrund, Wienhausen, Eintritt frei

Sa., 21. Mai, 20.00

Namoli Brennet und Amy Protscher

Kunst und Bühne, 19,00

Mo., 23. Mai, 20.00

Anne-Dore Krohn und Denis Scheck "Menschen ohne Humor sind mir schrecklich."

Kunst und Bühne, 22,00

Fr., 27. Mai, 20.00

The Blooze (mit Uli Wißmann)

Braugasthaus Mühlengrund, Wienhausen, Eintritt frei